

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

141 (3.12.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

OFLS

4. Jahr Nr. 141 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Samstag, 3. Dezember 1949

UNSER TAG die erste badische Tageszeitung

UNSER TAG, die badische Volkszeitung für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit erscheint ab 1. 1. 1950 täglich

UNSER TAG, die badische Volkszeitung für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit erscheint ab 1. Januar täglich.

Unsere politischen Gegner wünschten nur allzusehr, daß es ihrer systematischen Hetze gegen die Kommunistische Partei und den Sozialismus gelingen würde, den Leserkreis unserer Zeitung so zu dezimieren, daß ihr weiteres Erscheinen in Frage gestellt sei. Sie erwarteten als Folge des abgekarteten Spiels der räuberischen Währungsreform, daß die Zeitung für die werktätigen Massen verschwinden würde. Die Arbeiter und Angestellten, die werktätigen Bauern, die um eine Arbeitsmöglichkeit betrogenen Intellektuellen, die Arbeitslosen, die Flüchtlinge, die Ausgebombten, die Kriegsbeschädigten, die Rentner und entlegneten Sparer würden, so kalkulierten sie, sich keine Zeitung mehr leisten. Zahlreiche, von kirchlichen und kapitalistischen Kreisen getragene neue Lokalzeitungen sollten nach Hugenbergschem Muster das Volk in geistiger Hörigkeit von der Reaktion und in der Unwissenheit über die Folgen der Bonner Politik erhalten.

Den gemeinsamen Anstrengungen der Genossen, Freunde und Leser unserer Zeitung ist es trotz aller Schwierigkeiten gelungen, die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zum täglichen Erscheinen der Zeitung zu schaffen und dadurch einen dicken Strich durch die Berechnungen unserer politischen Gegner zu ziehen.

UNSER TAG wird als erste badische Tageszeitung noch nachdrücklicher als bisher, nüchtern und aufrichtig, allen um die Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung kämpfenden, allen um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands Besorgten, allen Freunden des Friedens richtungswiesend zur Seite stehen.

Wer die Wahrheit über die weitpolitische Lage und den Weg Deutschlands kennenlernen will, muß UNSER TAG lesen.

Wer gegen die Ausbeutung durch die in- und ausländischen Monopolkapitalisten und ihre Machtpositionen kämpfen will, muß UNSER TAG lesen.

Wer mit uns die berechtigten Ansprüche der Geschädigten des Hitlerkrieges durchsetzen will, muß UNSER TAG lesen.

Wer das wahre Gesicht der Kriegstreiber hinter ihrer scheinheiligen Maske erkennen und ihnen entgegenzutreten will, muß UNSER TAG lesen.

Wer den Beginn der neuen Epoche der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung unseres Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik begreifen will, muß UNSER TAG lesen.

Wer mitarbeiten will an der Wiederherstellung der Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, muß UNSER TAG lesen.

Wer das Besatzungsstatut und die Preisgabe des Ruhrgebiets ablehnt, für einen baldigen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen eintritt, muß UNSER TAG lesen.

Wer sich für eine entscheidende Herabsetzung der Besatzungskosten und für die Verwendung dieser Mittel zum Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Städte und Ortschaften und für die Hilfe an den Opfern des Krieges einsetzen will, muß UNSER TAG lesen.

Alle Leser unserer Zeitung aber müssen für ihre Verbreitung sorgen und dazu beitragen, daß die von uns erstrebten Ziele erreicht werden.

UNSER TAG bereitet den Weg zur Wieder-

vereinigung Deutschlands in einer wahrhaft demokratischen Republik mit einer für ganz Deutschland zuständigen Regierung in der Hauptstadt Berlin.

UNSER TAG sieht in einem eindeutigen Bündnis zwischen dem neuen Deutschland und der sozialistischen Sowjetunion, das Stalin dem deutschen Volk angeboten hat, die Gewähr für eine friedliche Entwicklung in Europa und der ganzen Welt.

UNSER TAG setzt sich ein für den ungehemmten Warenaustausch zwischen West- und Ostdeutschland, für die Anbahnung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu den Oststaaten, zur Sowjetunion und der Volksrepublik China. Durch den Austausch hochwertiger Fertigwaren und Gebrauchsgegenstände der deutschen Industrie gegen Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Osten findet ein friedliebendes Deutschland für die Massen seiner arbeitsamen Menschen allein eine gesicherte Existenz.

UNSER TAG ist ein Mahnruf an alle Suchenden, vor allem an die Jugend unseres Volkes zu einer Erneuerung des kulturellen Lebens, zu neuen Maßstäben menschlicher Gemeinschaft.

UNSER TAG ist für die Vorwärtsschauenden, an der Neugestaltung des Lebens un-

seres Volkes Interessierten so wichtig wie das tägliche Brot.

UNSER TAG wird regelmäßig zu allen wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignissen und Aufgaben im Lande Südbaden Stellung nehmen. Unsere Volkskorrespondenten in Stadt und Land werden unsere Leser über alles Wissenswerte und Interessante unterrichten. Der feuilletonistische und Unterhaltungsteil wird umfangreicher werden und ein täglich erscheinender, spezialisierter Anzeigenteil den Firmen Gelegenheit geben, zu einer wirkungsvollen Werbung.

UNSER TAG wird im Verhältnis zu seinen bisherigen Bezugsbedingungen, trotz des täglichen Erscheinens, trotz des größeren Formats und Umfangs billiger sein als bisher.

Das Monatsabonnement kostet nur 2,50 DM frei Haus, also einschließlich Trägerlohn, und 2,05 DM bei Postbezug, zuzüglich 0,54 DM Postzustellgebühr.

Darum werden alle bisherigen Leser erst recht unsere Tageszeitung weiter beziehen und viele neue Leser gewonnen werden können.

(Landesleitung der KPD Südbaden)

Streik in den Singener Maggi-Werken

Belegschaft fordert gesetzliches Mitbestimmungsrecht gegen das Diktat ausländischer Konzerne

Singen. Die Belegschaft der Maggi-Werke in Singen beschloß am Mittwoch aus Protest gegen die immer unerträglicher werdende Einmischung des ausländischen Nestle-Konzerns (dem das Maggi-Werk in Singen angeschlossen ist) in die Rechte des Betriebsrats, die Arbeit jeden Tag für eine halbe Stunde einzustellen, bis die Direktion der Maggi-Werke dem Betriebsrat das gesetzlich zustehende Mitbestimmungsrecht zurückgibt. Der beschlossene Protest-Streik wurde zum erstenmal am Donnerstags hundertprozentig durchgeführt.

Wie wir bereits am 19. November berichteten, kam es zwischen dem Nestle-Konzern und der Belegschaft des angeschlossenen Maggi-Werkes in Singen zu ernsthaften Konflikten, die sich inzwischen noch verschärft haben. Nachdem alle Versuche seitens der Belegschaft den Konflikt wegen der von der Direktion be-

absichtigten Absetzung des Personalchefs Hohlwegler auf friedlichem Wege zu regeln gescheitert sind, wurde auf einer Betriebsversammlung die Frage gestellt: Soll der bisherige Personalchef auf seinem Posten verbleiben oder nicht?

Die im Anschluß daran durchgeführte geheime Abstimmung ergab ein fast hundertprozentiges „Ja“ zum Verbleiben Hohlweglers.

Hinter dieser Abstimmung, bei der es nicht um Personen ging, verbarg sich die entscheidende Frage: Soll der Betriebsrat in der Maggi sein ihm gesetzlich zustehendes Mitbestimmungsrecht in Anspruch nehmen, oder sich dem Diktat einer ausländischen Konzernleitung bedingungslos unterwerfen? Die Arbeiter haben mit ihrem Streikbeschuß die Antwort darauf gegeben und sich bedingungslos für den

Kampf um das Mitbestimmungsrecht eingesetzt.

(Einen Bericht unseres Maggi-Betriebskorrespondenten über die Betriebsversammlung der Maggi-Arbeiter lesen Sie auf Seite 5).

Sichert deutsche Lebensinteressen!

Berlin. Der antifaschistisch-demokratische Block der DDR richtete anläßlich der Anerkennung des Ruhrstatuts und der Ruhrregierung durch die Adenauer-Regierung einen Aufruf an alle ehrlichen deutschen Politiker, sich zur Sicherung der Lebensinteressen des deutschen Volkes in der Nationalen Front zu vereinigen. Das Versprechen auf Einstellung der Demontagen in 18 von 900 Betrieben, eist es darin, stelle eine ungeheuerliche Verhöhnung des deutschen Volkes dar. Außerdem könne nie und nimmer deutsches Gebiet als Austauschobjekt gegen verräterische Abmachungen dienen, schon gar nicht gegen deutsche Industrieanlagen.

Hinhaltetaktik der Textilunternehmer

Industriegewerkschaft Textil zum Kampf für den Manteltarif bereit

Lörrach. (UT) Wie wir aus Gewerkschaftskreisen erfahren, sind am Mittwoch die Verhandlungen mit den Unternehmervetretern in Maulberg zum zweitenmal gescheitert. Die Unternehmer weigern sich, die gerechten Forderungen der Textilarbeiter in der Urlaubsfrage auch nur annähernd zu erfüllen.

Durch die Hinhaltetaktik der Unternehmer wurde der Verhandlungstermin von September bis Anfang November hinausgeschoben. Diese Taktik wird von den Unternehmern weiter fortgesetzt, um möglichst zu keinem Ergebnis vor Jahresende zu gelangen. Die Arbeiterschaft

wird sich diese glatte Brückierung der Gewerkschaften nicht länger gefallen lassen können. Die IG Textil wendet sich in einem Flugblatt an die Textilarbeiter und führt den Nachweis, daß die geforderte Urlaubsregelung in den Ländern Württemberg-Hohenzollern, Bayern und Rheinland-Pfalz bereits seit längerem verwirklicht wurde. Die Gewerkschaft weist nach, daß die Argumente der Unternehmer, die Urlaubsregelung führe zur Konkurrenzunfähigkeit, jeglicher Grundlage entbehren. Die Rentenprofite durch die Verdoppelung des Bruttoproduktionswertes innerhalb eines halben Jahres, die anhaltende Konjunktur in der Textilindustrie und die demgegenüber ganz geringfügige Erhöhung der Belegschaften um kaum ein Fünftel sind ein nicht zu widerlegender Beweis dafür. (Auszüge aus dem Flugblatt bringen wir auf Seite 2).

Für die südbadischen Textilarbeiter gilt es nunmehr die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Die Landesvereinigung der Industriegewerkschaft Textil beruft deshalb auf Donnerstag, den 8. Dezember eine Landesbetriebsrätekonferenz sämtlicher Betriebsräte der Textil- und Bekleidungsindustrie nach Lörrach ein. Es wird Aufgabe dieser Konferenz sein, die geeigneten Maßnahmen gegen die Haltung der Unternehmer zu beschließen.

Tro'z aller Proteste

Bonn. Adenauer hat am Donnerstag trotz aller Proteste der Bevölkerung um die Aufnahme Westdeutschlands in die internationale Ruhrbehörde nachgesucht. Aus informierten Kreisen wurde die Besorgnis laut, daß die Ruhrregierung eventuell versuchen werde, wirtschaftliche Maßnahmen der Bonner Regierung abzuändern.

Watenstedt-Salzgitter erhält Hilfe aus dem Osten

Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erteilt Lieferauftrag im Werte von 1,4 Millionen Mark

Berlin (UT). Ein Lieferauftrag für die ehemaligen Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter wurde am Mittwoch vom Leiter der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, Josef Orlopp, dem kaufmännischen Direktor der ehemaligen Reichswerke Dr. Schickedanz und dem Verkaufsleiter Bockelmann unterzeichnet. Der Vertrag sieht Lieferung von Roh- und Stahlteilen im Werte von 1,4 Millionen Mark an die DDR vor. An der Unterzeichnung des Lieferauftrags nahmen Vertreter des Ministeriums sowie der Vorsitzende des Hauptbetriebsrates der ehemaligen Reichswerke, Soechtig (SPD) und als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung von Watenstedt-Salzgitter, Ratsherr Ernst Hoffmann (KPD) teil.

Der Vertrag bringt den durch die Demontage schwer in Mitleidenschaft gezogenen Reichswerken eine wesentliche Hilfe. Josef

Orlopp wies nachdrücklich auf die Bereitschaft der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hin, einen breiten innerdeutschen Warenaustausch zu entwickeln. „Wir tun alles“, sagte er, „um den in dem Frankfurter Abkommen vorgesehenen Warenaustausch, zu erfüllen.“

Orlopp verwies darauf, daß bestimmte Kräfte in den Westzonen die Entwicklung des innerdeutschen Warenaustausches zu stören suchen. Gerade in einigen Fachverbänden machen sich solche Bestrebungen bemerkbar. Das sei verständlich, weil an leitender Stelle in diesen Fachstellen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten sitzen, deren Betriebe in Volkseigentum übergeführt wurden. Diese reaktionären Kräfte haben naturgemäß kein Interesse daran, den innerdeutschen Warenaustausch zu entwickeln. Orlopp appellierte an die fortgeschrittenen Kräfte im Westen, diese Bestrebungen zurückzudrängen und einen breiten innerdeutschen Warenaustausch zu ermöglichen.

Kurz berichtet

Aus Protest gegen den Beitritt Adenauers zur Ruhrbehörde traten 1600 Bergleute der Schachtanlage Zweckel in einen einständigen Streik.

61 000 Heimkehrer aus der Sowjetunion trafen im Monat November im Heimkehrerlager Kronenfelde ein.

Bei den Wahlen in Neuseeland verlor die Labour-Party acht von bisher 42 Sitzen.

Unter den Losungen „Mitbestimmung der Betriebsräte“ und „Gegen Privatisierung der Eisenbahn“, demonstrierten 10 000 Eisenbahner in Frankfurt.

Der Lizenzzwang für politische Parteien wurde vom amerikanischen Hohen Kommissar für die amerikanische Zone aufgehoben.

Die Sowjetunion hat die Getreidelieferungen nach England in Höhe von 1 Million Tonnen aufgenommen.

Dr. Schumacher hat kapituliert

Bonn. Nach einer Zusammenkunft mit Adenauer am Donnerstagsabend nahm Dr. Schumacher den Ausspruch, Adenauer sei der „Bundeskanzler der Alliierten“, zurück.

24-stündiger Generalstreik in Italien

Protest gegen blutigen Polizeiberfall in Torre Maggiore

Rom. Die italienische Polizei sprengte in Torre Maggiore eine Versammlung streikender Landarbeiter mit der Schußwaffe auseinander. Zwei Arbeiter wurden bei dem Ueberfall getötet, mehrere schwer verletzt und 38 Personen verhaftet. Aus Protest gegen diesen Ueberfall hat der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund am Donnerstag zu einem 24stündigen Generalstreik aufgerufen. Dem Streikaufruf wurde in ganz Italien von den Werktätigen Folge geleistet.

Bergarbeiterstreik in USA

New York. Zum vierten Mal in diesem Jahr zwang die unnachgiebige Haltung der Kohlenbarone die amerikanischen Arbeiter zur Waffe des Streiks zu greifen. Nachdem alle Bemühungen, mit den Grubenbesitzern zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu kommen, an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert

war, trafen in der Nacht zum Donnerstag 400 000 Bergarbeiter in den Streik.

Antistreik-Gesetz der Regierung Bidault

Paris. Eig. Ber. Das von dem neuen sozialistischen Arbeitsminister Segelle ausgearbeitete und von der Regierung Bidault gebilligte Antistreik-Gesetz hat bei allen Gewerkschaftsorganisationen Frankreichs einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Die allgemeine Kritik richtet sich vor allem gegen den im Gesetz festgelegten Mindestlohn, einen Betrag, der nicht im entferntesten dem Existenzminimum entspricht. Durch die Bestimmung, daß jeder Arbeitskonflikt einem Schiedspruch der Regierung unterworfen ist, wird den Werktätigen das Streikrecht genommen, da die Regierung bei einer Nichteinhaltung des Schiedspruchs Sanktionen verhängen kann.

Lesen Sie heute:

Gewerkschaften vor der Entscheidung	S. 2
Gemeinsame Aktion — das Gebot der Stunde	S. 2
Eine persönliche Frage? — Nein, eine politische Frage	S. 2

Gewerkschaften vor der Entscheidung

In London kamen westeuropäische und andere Gewerkschaften zusammen, die sich das Ziel gesetzt haben, die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu vollenden. Auch die Arbeiter Deutschlands und Westberlins sind auf diesem Kongress der Gewerkschaftsspalter durch eine Delegation vertreten, obwohl man es bezeichnenderweise unterlassen hat, in dieser wichtigen Entscheidung ihre Stellungnahme zu hören. Nachstehend veröffentlichen wir eine Erklärung des ständigen WGB-Vertreters für Deutschland, J. M. von Binnefeld, in der die westdeutschen Wertigkeiten mit eindringlichen Worten auf die unheilvolle Bedeutung der Spaltung und ihre unvermeidlichen Folgen hingewiesen werden. In der Erklärung heißt es u. a.:

Das Jahr 1945 sollte der Ausgangspunkt eines demokratisch erneuerten Deutschlands sein. Das setzte Bedingungen voraus, mit denen alle Demokraten und gesunden Elemente der deutschen Nation einverstanden sind: Beseitigung des militaristischen Geistes, der nationalistischen Versuchung, der monopolistischen und imperialistischen Vorherrschaft. Gibt die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften eine Garantie dafür? Wer könnte das heute noch ehrlich behaupten? Es wäre anders gekommen, hätten die werktätigen Massen vermocht — wie sie es angestrebt haben — ihrer neuen Organisation einen fortschrittlichen Aufschwung zu geben.

Die Bilanz des Gewerkschaftskongresses von München hätte eine ganz andere sein können, wenn die führenden westdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre den von ihnen 1943 selbst beschlossenen Beitritt zum WGB vorgenommen hätten, wenn sie dem Elan der Arbeitermassen gefolgt wären, anstatt die Massen ihren Auffassungen anpassen zu wollen. Dennoch haben sich einige wesentliche Punkte ab, die die Grundlage eines gemeinsamen Vorgehens der Arbeiter ganz Deutschlands hätten sein können. Diese Punkte bestehen in einer aktiven Politik für Vollbeschäftigung und Herstellung eines würdigen Lebensstandards für alle Arbeiter, in der Fortführung der Demokratisierung der Wirtschaft und Schaffung eines wirklichen Mitbestimmungsrechtes sowie in der Verteidigung des Friedens, durch den Kampf gegen die Wiedergeburt der Kriegshetze und eines revançehelsternen Nationalismus.

Man hat versucht, die Spaltung der deutschen Gewerkschaftskräfte dazu auszunutzen, die Spaltung der gesamten internationalen Arbeiterklasse herbeizuführen. Die Londoner Tagung, die mit tatkräftiger Hilfe sämtlicher Geldmächte zusammengetrommelt wurde, versucht, dieses traurige Werk zu vollenden. Ohne daß man die Arbeiter Westdeutschlands und Westberlins loyalerweise um ihre Meinung gefragt hätte, sind sie durch eine Delegation auf dieser Tagung vertreten. Gegenüber dem WGB, dessen größtes „Verbrechen“ es ist, wirklich auf seiten der Arbeiter zu stehen und wirklich unabhängig zu sein, der in der Einheit aller Gewerkschaftskräfte die einzige Sicherung der Arbeiter gegen Elend, Ausbeutung und Unterdrückung sucht, will man eine sogenannte „freie“ Pseudointernationale schaffen.

Die einzige „Freiheit“ dieser Organisation besteht darin, die Pläne zu wirtschaftlicher Unterdrückung und zur Vorbereitung eines neuen Krieges zu unterstützen. Nur in diesem Rahmen soll es erlaubt sein, die „Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern“.

Arbeiter Deutschlands, wollt ihr euch dazu hergeben? Wollt ihr euch für immer den Weg versperren, endlich teilzuhaben an einer Welt, die sich von ihren Ketten befreit hat und einer menschlich würdigeren Zukunft entgegengehen will?

Die Urlaubsforderungen der Textilarbeiter

Südbadische Textilarbeiter seit Jahren mit Urlaub benachteiligt

Lörrach (UT). In ihrem Aufruf an die südbadischen Textilarbeiter führt die Landesvereinigung der Industriegewerkschaft unter anderem an, daß sie in der Verhandlung mit den Textilunternehmern folgenden Urlaubs-vorschlag gemacht habe: Ab vollendetem 20. Lebensjahr 12 Tage; vom 24. Lebensjahr ab 13 Tage; vom 27. Lebensjahr ab 14 Tage und vom 30. Lebensjahr ab 16 Tage Urlaub. — Außer der Aufstockung nach Lebensalter war eine Aufstockung nach Betriebszugehörigkeit vorgesehen: Bei 5jähriger Zugehörigkeit 1 Tag, bei 10jähriger 2, bei 15jähriger 3 und bei 20jähriger Zugehörigkeit 4 Tage. Schwerbeschädigte und Nazioptioner sollten zusätzlich 3 Tage erhalten.

Das weitgehendste Angebot, das am Ende der Verhandlungen den Vertretern der Gewerkschaft gemacht wurde, lautete auf der Grundlage der Betriebszugehörigkeit im Höchstfall auf 4 Tage, die erst bei 25jähriger Betriebszugehörigkeit erreicht werden sollten. Nachdem über dieses ungenügende Angebot keine weitergehenden Zugeständnisse auf Unternehmenseite gemacht wurden, kamen die Gewerkschaftsvertreter überein, zeitlich die 4 Tage anzuerkennen, sofern diese auf der Grundlage der Lebensaltersstaffelung gewährt würden. Die Gewerkschaftsvertreter gingen davon aus, daß mit der Lebensaltersaufstockung auch jene Kolleginnen und Kollegen, die im vorgerückten Alter zu Arbeitsplatzwechsel unverschuldet aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre gezwungen wurden, in den Genuß eines erhöhten Urlaubs gelangen.

Auf der von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Grundlage war von Unternehmenseite keine Zustimmung zu erreichen, wodurch die Verhandlung ergebnislos abgebrochen wurde. Die Textilarbeiterschaft ist dadurch bis heute ohne zusätzliche Urlaubsregelung.

Wie weit sich der Vorschlag der Gewerkschaft in bescheidenstem Rahmen hält, zeigen die bereits zum Teil seit Jahren geltenden Urlaubsregelungen in anderen Tarifgebieten, wie in Bayern und insbesondere zwei Urlaubsregelungen in den Nachbarländern der französischen Zone. In Bayern besteht seit 1948 das Urlaubsgesetz mit 12 Tagen für Arbeiter über 18 Jahre, während der Urlaub für 14- bis 18jährige 24 Tage beträgt, also ein Plus von 6 Urlaubstagen für die 16- bis 18jährigen bereits seit 2 Jahren.

Ebenso verhält es sich mit der gesetzlichen Urlaubsregelung in Bremen, Hessen und Württemberg. In den genannten Gesetzen wurde den Schwerkriegsbeschädigten und den Nazioptionern 6 zusätzliche Ferientage bewilligt, während in Südbaden nur 3 zusätzliche Arbeitstage vorgesehen sind. Daraus ergibt sich für die südbadischen Textilarbeiter, daß sie in den vergangenen Jahren um die bereits bestehenden Urlaubsvergünstigungen der Nachbarländer gebracht wurden.

Sehr bezeichnend für die Forderung der Gewerkschaft auf Anerkennung der Aufstockung nach Lebensalter sind die Tarifabschlüsse von Rheinland-Pfalz, die folgende Urlaubsregelung zwischen der Sozialvereinigung sämtlicher pfälzischen Industrieverbände und dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, sowie den vereinigten Arbeitgeberverbänden festgelegt haben. Danach erhöht sich der bisherige tarifliche Urlaub in der unteren Klasse von 6 auf 12 Tage um in der höchsten Klasse auf 18 Tage anzuheben. Bei mehr als 15jähriger Betriebszugehörigkeit erfolgt eine zusätzliche Erhöhung des Urlaubs um einen, bei mehr als 25jähriger um 2 Arbeitstage. Bei dieser Urlaubsregelung ergibt sich ein Höchsturlaub von 20 Tagen, also 8 Tage mehr, als in der gesetzlichen Mindesturlaubsregelung Südbadens vorgesehen ist. Ein ähnliches Verhältnis besteht in Württemberg-Hohenollern. Die angeführten Beispiele zeigen, daß durch das Verhalten der Textilunternehmer, den Textilarbeitern jetzt immer noch das vorenthalten werden soll, was in den angeführten Ländern schon seit drei Jahren den Arbeitern zugute kommt.

Damit entbehren die Argumente der Unternehmer, die vorgeschlagene Urlaubsregelung führe zur Konkurrenzunfähigkeit, jeglicher Grundlage. Wichtig für die Beurteilung des Verhaltens der Textil-Unternehmer ist die Tatsache, daß die Unternehmer der Metallindustrie in Südbaden mit der IG-Metall ein Urlaubsabkommen abgeschlossen haben, das bei einer Betriebszugehörigkeit bis zu drei Jahren 12 Tage beträgt und sich bei 25jähriger Betriebszugehörigkeit auf 18 Tage steigert. Außerdem erhalten die Metallarbeiter nach dem vollendeten 30. Lebensjahr 13, und nach dem 35. Lebensjahr 14 Tage Urlaub.

So verdienen die Textil-Unternehmer

Brutto-Produktionswert seit der Währungsreform verdreifacht

In der Textilindustrie betrug die Beschäftigungszahl im Juni 1948 17 936 Personen. Das Brutto-Produktionsergebnis betrug 10 Mill. 129 000 DM. Sechs Monate später waren in der Textilindustrie 21 489 Beschäftigte, bei einer Zunahme von nur 3533 Beschäftigten stieg der Brutto-Produktionswert um mehr als das Doppelte, nämlich auf 20 630 000 DM.

Trotz dieser für die Textilindustriellen erfreulichen Entwicklung sind die südbadischen Textilunternehmer nicht gewillt, ihren Textilarbeitern den Urlaub zu bewilligen, den die Industrie der Nachbarländer den Arbeitern zugestanden hat.

Noch kennzeichnender für das Verhalten der Unternehmer ist der Geschäftsgang für 1949, wo die Beschäftigungszahl im Januar 22 314

betrug, die einen Brutto-Produktionswert von 22 496 000 DM erzeugten. Bis August stieg die Zahl der Beschäftigten auf 26 737, d. h. eine Steigerung des Brutto-Produktionswertes auf 31 042 000 DM hervorbrachten. Also nochmals bei geringer Zunahme der Beschäftigten eine Steigerung des Produktionswertes um ein weiteres Drittel.

Aus diesen Feststellungen gilt es nun für die südbadischen Textilarbeiterschaft, die notwendigen Schritte aus dem Verhalten der Unternehmer zu ziehen. Zur Landesbetriebsräte-Konferenz müssen die Textilarbeiter ihren Betriebsräten eine eindeutige Willenskundgebung mit auf den Weg geben, damit die Konferenz zur Verwirklichung ihrer berechtigten Interessen einen entscheidenden Beitrag leistet.

Gemeinsame Aktion - das Gebot der Stunde

Sozialdemokratische, kommunistische und christliche Arbeiter müssen gemeinsam handeln

Aufgrund der Erkenntnis über das wahre Wesen des Adenauer-Kabinetts hat die Fraktion der KPD im Bundestag bei den Präsidentenwahlen ihre Stimme Dr. Schumacher gegeben. Dieser Schritt wurde von den Arbeitern begrüßt und als richtig anerkannt. So haben z. B. 70 Gewerkschaftsdelegierte der Deutschen Werft in Hamburg — Kommunisten und Sozialdemokraten — gegen den Ausschluß Dr. Schumachers aus dem Bundestag protestiert und einstimmig das gemeinsame Vorgehen von SPD und KPD begrüßt.

Nur durch gemeinsame Aktionen kann eine Wiederholung einer solchen Entwicklung von 1932 verhindert werden. Sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter müssen gemeinsam gegen den reaktionären Kurs Adenauers, gegen das Ruhrstatut, gegen die Beschneidung der demokratischen Rechte, gegen die soziale Reaktion, gegen die Verschönerung unserer Industrie und gegen alle Kriegsvorbereitungen den Kampf vorbereiten und führen.

In einer Reihe von Betrieben in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Niedersachsen haben kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter in den vergangenen Tagen einheitliche Proteststreiks gegen die reaktionären Maßnahmen Adenauers, gegen das Ruhrstatut und den reaktionären Rechtsblock in Bonn durchgeführt. In zahlreichen weiteren Betrieben wurden Protestresolutionen gegen die Verschönerung unserer Industrie, gegen das Ruhrstatut und gegen den Ausschluß Dr. Schumachers auf 20 Sitzungstage aus dem Bundestag gefaßt. In Hannover hat der Kreis Ausschuß des DGB auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Vertrauensleute einen 10-

Minuten-Protest-Streik gegen die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter beschlossen. Die Arbeiter der „Mia“ in Braunschweig, des Lüneburger Eisenwerkes und die Nienburger Gewerkschaften haben Solidaritäts-Entschlüsse für die kämpfenden Reichswerkarbeiter in Watenstedt-Salzgitter angenommen. In Gummersbach beschlossen 350 Betriebsräte des oberbergischen Kreises einstimmig gegen die Verschönerung der Großbetriebe an Rhein und Ruhr den Kampf aufzunehmen. In München haben Mitglieder der SPD, der KPD und der VVN schon durch ihr gemeinsames Handeln zweimal das öffentliche Auftreten faschistischer Provokateure verhindert. Bei den Betriebsratswahlen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet kam es in einer Anzahl Schachtanlagen zur Aufstellung von Kampfprogrammen der Belegschaften, für die die fortschrittlichen Gewerkschaftskandidaten sich zu kämpfen verpflichteten.

Diese Aktionen sind erst ein Anfang. Die kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter müssen erkennen, daß gerade jetzt von ihrem einheitlichen Handeln Entscheidendes für die ganze weitere Entwicklung in Westdeutschland abhängt. Sie werden Adenauer zeigen, daß er auf Granit beißt, daß er nicht ungestraft mit seinem Rechtsblock in Bonn einen Kurs steuern kann, der zu einer Wiederholung von 1933 und schließlich zu einem neuen Krieg führt. Aber dazu ist notwendig, daß sich die kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen ohne Verzug in allen Betrieben, bezw. im Rahmen der Gewerkschaften verständigen und konkrete Kampfmaßnahmen beschließen.

Auch auf parlamentarischem Gebiet muß der gemeinsame Kampf von SPD und KPD geführt werden. Die Tatsache, daß in einigen westdeutschen Städten durch das gemeinsame Auftreten von SPD und KPD der Rechtsblock geschlagen und sozialdemokratische und kommunistische Bürgermeister ge-

wählt wurden, hat bei den Werktätigen Zustimmung gefunden. Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Hessischen Landtages konnte durch das gemeinsame Auftreten von SPD und KPD-Fraktion der Versuch der Rechtsparteien, das Gesetz zur Durchführung des Artikels 41 der hessischen Verfassung erneut zu verzögern, verhindert werden. In Hamburg wurde mit den Stimmen der SPD und KPD gegen den Rechtsblock ein fortschrittliches Schulgesetz zur Annahme verfolgt. Im Bremerhaven konnten durch Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD die Angriffe der rechten Parteien gegen sozialdemokratische Angestellte der Stadt erfolgreich zurückgeschlagen werden.

Die reaktionäre Adenauer-Politik wirkt sich auf allen Gebieten aus, und den Arbeitern und Werktätigen in den verschiedenen Gebieten Westdeutschlands wächst die Erkenntnis, daß man sich wehren und in die Offensive übergehen muß. In Rheinland-Pfalz ist eine Massenbewegung gegen die reaktionäre Wohnraumsteuer im Gange. In Niedersachsen, Hamburg und im Ruhrgebiet wird der Kampf gegen die Demontage fortgesetzt. In zahlreichen Städten Westdeutschlands kämpfen die Arbeiter gegen die Berlin-Steuer. Die Flüchtlinge und andere Geschädigte fordern die sofortige Zahlung der längst versprochenen Soforthilfe. Auch sie müssen erkennen, daß man den Versprechungen der reaktionären Adenauer-Regierung nicht glauben, sondern nur durch einheitliches Vorgehen etwas erreichen kann. Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet gehen nach dem ergebnislosen Abbruch der Tarifverhandlungen dazu über, den Kampf für die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen zu organisieren. Alle berechtigten Forderungen der Arbeiter und Werktätigen in Westdeutschland werden aber nur dann zu einem Erfolg führen, wenn sozialdemokratische, kommunistische und christliche Arbeiter gemeinsam handeln.

Berlin bleibt Hauptstadt

Berlin. „Es gibt keinen Zweifel, daß die Stellung der Hauptstadt Berlin für immer unantastbar bleibt. Niemals kann Bonn der Mittelpunkt des deutschen Geschehens sein. Immer wird Berlin den Ausgangspunkt für politische Bedeutung und kulturelles Leben darstellen“, erklärte der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl auf einem Empfang, den der Berliner Oberbürgermeistermeister Friedrich Ebert anlässlich des einjährigen Bestehens des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin am Mittwochmittag gab.

Der Ministerpräsident verlas ein Schreiben an den demokratischen Magistrat, in dem die Regierung mit Genugtuung die Aufwärtsentwicklung in Groß-Berlin begrüßt und verspricht, tatkräftig dazu beizutragen, diese Aufwärtsentwicklung weiter zu fördern. Sie spricht darin dem Oberbürgermeister und dem gesamten Magistrat Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Unter dem Beifall der als Ehrengäste anwesenden Aktivisten aus der Berliner Volkseigenen Betrieben und den Vertretern aus den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik trugen sich dann Staatspräsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl und General-Major Kotikow in das neue goldene Buch der Stadt Berlin ein.

Revision gefordert

Freiburg. Gegen das unverständlich milde Urteil des Freiburger Schwurgerichts, das die Mörder des jugendlichen Soldaten Schütz nur zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilte, (U. V. 19. Nov. 49) nahm die Belegschaft der Süddeutschen Isolatoren-Werke in einer Protestentschließung energisch Stellung. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

„Die Belegschaft der Süddeutschen Isolatorenwerke GmbH fragt sich, was mit dem empörend milden Urteil des Freiburger Schwurgerichts über die Mörder des jugendlichen Soldaten Schütz dem badischen Volk vordemonstriert werden soll.“

Wo war das wirkliche Recht, bei dem jungen Soldaten, der ein weiteres sinnloses Morden ablehnte oder bei diesen denkmwürdigen Hühnern im Dienste von Verbrechern, die den jungen Menschen noch nach der Kapitulation wegen seiner höheren sittlichen Haltung feige abschlecheten? Sind das schon wieder Vorbereitungen zu Wiederholungen in der Justiz, wie wir sie nach 1919 erlebten?

Die Arbeiterschaft wünscht keine Remittierung, weder pro noch kontra einer fremden Macht! Die Belegschaft der Süddeutschen Isolatorenwerke fordert nachträglich eine Revision des zu milden Urteils und eine Bestrafung der Mörder, die dem wahren Volksempfinden entspricht.“

Erfolg der Gewerkschaften

Freiburg. Auf eine Eingabe des Badischen Gewerkschaftsbundes an das Finanzministerium wurde mitgeteilt, daß entsprechend dem Antrag des Badischen Gewerkschaftsbundes die Weihnachtsgratifikationen bis zur Höhe von 200 DM steuerfrei bleiben.

Auch die Anordnung, die rückständige Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Witwenrenten für die Monate Juni und Juli am 1. November 1949 auszuzahlen, ist auf einen Antrag des Badischen Gewerkschaftsbundes zurückzuführen.

Aus dem Partikelkorn

Kreis Bühl. Am Sonntag, den 4. Dezember, 8.30 Uhr, findet im Gasthaus „Feldschlössel“, Achern, eine wichtige Parteiarbeiter-Konferenz statt. Sämtliche Ortsgruppen und Stützpunkte entsenden Delegierte. Ein Mitglied der Landesleitung wird anwesend sein.

Kreis Offenburg. Am Sonntag, den 4. Dezember, 9 Uhr, findet im Sekretariat, Hauptstraße 115, eine wichtige Parteiarbeiter-Konferenz statt.

Emmendingen. Heute Samstag abend um 20.30 Uhr im Partilokal nichtige Mitglieder-Versammlung. Die Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Funktionäre der Ortsabteilungen treffen sich am Sonntag, 4. Dezember, um 9 Uhr, im bekannten Lokal zur fälligen Kreiskonferenz. Der Genosse Judas von der Landesleitung wird anwesend sein. Es wird erwartet, daß jede Ortsabteilung ihre Delegierten entsendet.

Kreis Lörrach. Am Samstag, den 3. Dezember, 14.30 Uhr, findet auf dem Kreissekretariat in Lörrach eine Kreisparteiarbeiter-Tagung statt. Die Genossen aus den Betriebs-, Wohnbezirks- und Ortsgruppen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Ueberlingen. Am Sonntag, den 4. Dezember, 15 Uhr, findet im Gasthaus „Grüner Baum“ (1. Stock), unsere Mitgliederversammlung des Kreises statt. Referent: Landesvorsitzender Gen. Erwin Eckert.

Konstanz. Der Stadtkreis Konstanz führt am Samstag, 3. Dezember, um 19.30 Uhr, im Gasthof „Schützen“ eine wichtige Mitglieder-Versammlung durch. Es sprechen die Genossen Rudi Goguel und Erwin Eckert zu ideologischen Fragen.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1174. Telegramm-Adresse: Neues Offenburg
Chefredakteur: H. Jerritruop
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto
Verlag: Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg
Friedrichstraße 35, Postfach 351, Fernruf 1237.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt kein Entschädigungs-

Eine persönliche Frage? - Nein eine politische Frage!

Vom Sekretariat des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Vor wenigen Tagen wurde in unserer Parteipresse eine Erklärung des Genossen Walter Fisch veröffentlicht, in der er sich selbstkritisch mit einem von ihm begangenen politischen Fehler befaßte. Gleichzeitig wurde ein Beschluß des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD veröffentlicht, der davon Kenntnis gab, daß dem Genossen Walter Fisch, nach Kenntnisnahme seiner Erklärung, im Rahmen des Sekretariats des Parteivorstandes ein anderes als das bisherige Arbeitsgebiet zugewiesen wird.

Entgegen allen unseren Gepflogenheiten hat unsere hessische Parteipresse diese beiden Erklärungen mit einigen Tagen Verspätung veröffentlicht, sodaß unsere eigenen Genossen nicht rechtzeitig informiert waren, wodurch es der bürgerlichen Presse inzwischen ermöglicht wurde, an einigen Orten eine vorübergehende Verwirrung hervorzurufen.

Die bürgerliche Presse

hat diesen Vorgang zum Anlaß genommen, um eine ganze Serie häßlicher Glossierungen und moralisierender Schwätzereien loszulassen. Die Herren Lizenzträger haben den Drang, sich als politische Sittenrichter aufzuspielen und unserer Partei Lehren über die Art politischer Auseinandersetzungen zu erteilen. Sie reden von „Selbstbeziehung“, von „russischen Methoden“ und ähnlichem und merken dabei gar nicht, daß sie sich selbst damit ein vernichtendes Urteil aussprechen.

Die politischen „Köpfe“ der antikommunistischen Parteien und ihre dienstbeflissenen Schreibgehilfen kennen allerdings den Begriff der Selbstkritik nicht. Sie wollen glauben machen, in ihren Kreisen seien politische Fehler überhaupt undenkbar. Nach ihren Worten haben sie immer und alles richtig gemacht. Sie, die die Kritik scheuen, wie der Teufel das Weihwasser, haben

Schuld auf Schuld auf sich geladen,

haben dem Volk die Wahrheit verschwiegen, haben sich feige jedem Befehl von oben gefügt und fügen sich weiter. Sie trügen dazu bei, unser Volk in einen fürchterlichen Notstand zu stürzen. Ein öffentliches Bekenntnis zu der großen historischen Schuld, die sie auf sich geladen haben, würde ihrem politischen Selbstmord gleichkommen. Darum sind sie verantwortungslos genug, die Massen über die Wahrheit zu täuschen, weil sie damit rechnen, daß die Massen ihnen nur dann weiter Gefolgschaft leisten, wenn ihnen der Glaube an die „Unfehlbarkeit“ der herrschenden Schichten erhalten wird.

Eine ganze Welt trennt unsere Partei von solchen Leuten.

Wir haben aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte des deutschen Volkes gelernt, daß die rücksichtslose Aufdeckung und Bekämpfung von Fehlern die unentbehrliche Voraussetzung für ein richtiges politisches Handeln ist. Vor fast 30 Jahren stellte Lenin fest:

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben analysieren, die Mittel zur Beseitigung der Fehler sorgfältig prüfen — das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“

Wie viel Schweres wäre unserem Volk erspart geblieben, wenn auch andere Parteien, die Interessen der Massen zu vertreten, nach diesem Grundsatz verfahren wären. Ist es nicht geradezu das Verhängnis unseres Volkes und besonders der Arbeiterklasse in Westdeutschland, daß nach 1945 nicht in aller Breite und Gründlichkeit die historischen Fehler der deutschen Arbeiterbewegung vor 1933 erörtert und daraus Schlußfolgerungen gezogen wurden? Aber bleiben wir beim Heute.

Will einer von diesen politischen Moralpredigern etwa behaupten, er wisse nichts von der tiefen Enttäuschung, die die Massen unseres Volkes über die politische Entwicklung seit 1945 ergriffen hat? Und warum steht keiner von ihnen auf und erklärt offen, dies und jenes ist die Ursache? Warum gesteht keiner offen: Wir haben kurzzeitig und falsch gehandelt? Sie tun dies nicht. Sie wälzen die Schuld auf die Enttäuschten selbst ab.

Unsere Partei aber handelt anders.

Sie nimmt politische Handlungen ernst. Wo ein Fehler geschieht — und sei er auch nicht im entferntesten mit der großen historischen Schuld der anderen zu vergleichen — wird er offen festgestellt, zugegeben und korrigiert. Dabei ist es vollkommen gleichgültig, ob dies ein einfaches Mitglied oder einen der führenden Funktionäre der Partei betrifft. Im Gegenteil, die Verantwortung der führenden Funktionäre ist noch weit größer. Nur zu einer solchen ernsten Partei können die Massen Vertrauen haben.

In der Erklärung des Genossen Walter Fisch hieß es, daß er in einer unzulässigen „objektivistischen“ Weise die Veröffentlichung unmarxistischer Argumente in der Parteipresse toleriert habe. Das hat die moralisierenden Lizenzblätter in Harnisch gebracht. Urplötzlich werden sie zu Bannern der „Objektivität“. Auf einmal sind sie dafür, daß eigene und gegnerische Argumente in fein säuberlicher

paritätischer Weise nebeneinander in der Presse veröffentlicht werden: wohlgerichtet nicht in ihrer eigenen, sondern in unserer Parteipresse. Zu diesem Prinzip der „objektiven“ Gegenüberstellung verstehe sich ausgerechnet diejenigen, welche tagtäglich die

größte Einseitigkeit im Dienste der Unwahrheit

in den Spalten ihrer Zeitungen praktizieren. Hat etwa noch niemand davon gehört, daß antifaschistische Lizenzträger hinausgeworfen wurden, daß man die Stellungnahme der Kommunisten zu allen wichtigen Fragen, sei es im Parlament oder außerhalb, entweder unterschlägt oder absichtlich verstümmelt? Hat noch niemand davon gehört, daß, getreu nach dem Muster der modernen amerikanischen Hexenprozesse, alle als Kommunisten oder fortschrittliche Menschen „Verdächtige“ aus den Positionen in der Verwaltung und im kulturellen Leben vertrieben werden? Ist es unbekannt, daß erst vor kurzem der übermoralische Leitartikler der „Frankfurter Rundschau“ einen fortschrittlichen Theaterkritiker entlassen hat, weil ihm seine Meinung nicht paßte? Ganze Redaktionen wurden entlassen, weil sie die Stimme ihres Herrn nicht wortgetreu wiedergaben. Ausgerechnet solche rückgratlosen Figuren, die sich von nichts anderem als von den Direktiven der Besatzungsmacht leiten lassen, wollen sich als Gralhüter der „objektiven Wahrheit“ aufspielen!

Der Gegner darf in unserer Presse keine Lücke finden

Wir Kommunisten sagen es ganz offen: Wir halten es für unzulässig, daß in den Spalten unserer mit so großen Opfern aufgebauten Parteipresse der Gegner auch nur eine Lücke findet, um sich dort mit seiner verwirrenden und zersetzenden Argumentation breit zu machen. Wir stellen die Dinge so dar, wie sie sind. Wir stützen uns auf die allumfassende Lehre des Marxismus-Leninismus und haben keine andere Richtschnur als die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Wer dem entgegenarbeitet, hat in unserer Presse keine Spalte und keine Zeile zur Verfügung. Unsere Presse ist kein Krämerladen, in welchem dem Käufer mit gleicher Sorgfalt Schund und gute Waren gleichzeitig angeboten werden. Unsere Presse ist ein organisierendes Instrument für den Kampf der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Schichten für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes und den Frieden. Sie ist gleichzeitig aber auch ein starkes Instrument für die politische Erziehung und Heranbildung der Parteimitgliedschaft und der Massen.

Um welche politische Schmuggelware handelt es sich in dem konkreten Falle, zu dem die Erklärung des Genossen Walter Fisch abgegeben wurde? Ein Mitglied unserer Partei hat in einem Artikel die Behauptung aufgestellt, die Gefahr des Titoismus werde in der KPD übertrieben. Seine Beweisführung lief unter anderem darauf hinaus, daß der Titoismus eine auf Jugoslawien beschränkte Angelegenheit sei, die sich nur aus dem „politischen Größenwahn“ des Herrn Tito erklären lasse. Was bedeutete die Veröffentlichung dieses Artikels? Sie bedeutete, daß dem Gegner, der an der Negierung der Titoistischen Gefahr in Deutschland und an der Einschleiferung der Wachsamskeit unserer Partei interessiert ist, Platz für seine Argumente in unserer Presse eingeräumt wurde. Demgegenüber muß unter allen Umständen gelten: Einer Argumentation, die zur Verwirrung und zu politischen Fehlschlüssen, zur Erleichterung der Arbeit parteifeindlicher Agenturen führt, kann kein Platz im Organ unserer Partei eingeräumt werden. Dieser Grundsatz wird auch dann verletzt, wenn gleichzeitig ein „Antwortartikel“ erscheint. Im vorliegenden Fall war zudem der Antwortartikel unzureichend und falsch.

Unsere Partei befindet sich inmitten eines schweren politischen Kampfes; sie trägt eine gewaltige Verantwortung; sie ist die Bannerträgerin des Kampfes um ein einziges, freies und unabhängiges Deutschland; sie ist die einzige Partei, die klar und konsequent den Kampf gegen das herrschende Kolonialsystem aufgenommen hat. Und darum konzentriert der Gegner, angeführt von den Kräften des

amerikanischen Monopolkapitalismus, gespeist mit unbegrenzten Mitteln, seine ganze Macht gegen unsere Partei. In dieser harten Auseinandersetzung kann die kommunistische Partei nur dann bestehen, wenn sie alle Einflüsse gegnerischer Zersetzungs- und Verwirrungstätigkeit rücksichtslos verweigert. Jede Weichheit, jede Duldsamkeit nützt dem Gegner. Gefestigt und gestählt aber wird die Partei nur dann, wenn sie unablässig und beharrlich um die ideologische Klarheit in der Mitgliedschaft ringt und sich somit befähigt, einheitlich und geschlossen den Kampf um die Rechte des Volkes und gegen die Feinde des Friedens und der Freiheit zu führen.

Je entschlossener die Auseinandersetzungen in unseren Reihen um die Gewinnung der ideologischen Klarheit und Festigkeit geführt werden, desto besser. Und wo in diesem Prozeß Fehler begangen werden, müssen sie mit der Waffe der Kritik und der Selbstkritik überwunden werden, damit nicht nur der einzelne, sondern die gesamte Partei aus ihnen lernt.

Gewerkschaften werden Träger der Sozialversicherung

Auf dem Kongreß der Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Halle, sprach der zweite Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bernhard Göring, zu dem Thema: „Die Sozialversicherung als gewerkschaftliche Aufgabe.“

Der Redner gab zunächst einen Überblick über die Entstehung der Sozialversicherung und erklärte, daß es weder im Kaiserreich noch zur Zeit der Weimarer Republik gelungen sei, die gewerkschaftlichen Grundsätze durchzusetzen.

Nach dem Zusammenbruch sei es eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften gewesen, eine Neuordnung des Sozialversicherungswesens durchzuführen. Auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit habe man im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Aufbau von Sozialversicherungskassen begonnen. Sonderanstalten für einzelne Arbeitnehmergruppen seien in Wegfall gekommen. Damit haben wir, erklärte Bernhard Göring, die Beschlüsse der zweiten und dritten Interzonenkonferenz realisiert.

Im Westen sei es weder gelungen die Forderungen der Gewerkschaften, noch die Beschlüsse des Kontrollrates zu verwirklichen.

In der DDR sei der Weg frei für weitere von den Gewerkschaften als notwendig erachteten Reformen. Die Arbeiterschaft könne mit

Frauen wachen über den Frieden

In Moskau fand unlängst die Tagung des Rates des Internationalen Demokratischen Frauenbundes statt. Die Vertreterinnen von 80 Millionen demokratischer Frauen fanden sich in der Hauptstadt der Sowjetunion zusammen, um über den Kampf um den Frieden in ihren Ländern zu berichten, um die Richtlinien für ihre Aufgaben für die nächste Zeit festzulegen.

Dutzende Millionen Frauen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es keine internationalen Probleme gibt, die ohne die Anteilnahme der Frauen gelöst werden können. Sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es die Oktoberrevolution war, die zum erstenmal in der Geschichte den Frauen in einem Lande die völlige Gleichberechtigung gab, daß das Beispiel der sowjetischen Frauen den Frauen in aller Welt Impuls zum Kampf um ihre Gleichberechtigung, zur aktiven Beteiligung am Weltgeschehen gab. Aus diesem Bewußtsein heraus wurden auch die Worte des Dankes an Stalin, die die Generalsekretärin des Bundes Marie-Claude Vaillant-Couturiers, äußerte, mit so begeistertem Beifall begrüßt.

In den Reden Marie-Claude Vaillant-Couturiers, der Vertreterin der Frauen der Volksrepublik China, des Mitgliedes des Exekutivkomitees des amerikanischen Frauenkongresses, der Vizepräsidentin der polnischen Frauenliga, der Generalsekretärin der Allgriechischen Union Demokratischer Frauen, der Leiterin der italienischen Delegation, der Vizepräsidentin des IDF, Dolores Ibarruri, der Vorsitzenden des Deutschen Demokratischen Frauenbundes, Elli Schmid und der Vorsitzenden des IDF, Nina Ponowa, kam einmütig der Wille der Frauen aller Länder der Welt zum Ausdruck, sich aktiv an der Schicksalsgestaltung der Menschheit, ihrer Männer, Väter und Söhne zu beteiligen. Ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse und des Glaubensbekenntnisses wurde für alle Frauen die Frage des Friedens zur eigenen Existenzfrage, wie zur Existenzfrage aller Menschen. Daher stand die Frage des Friedens als erster Punkt auf der Tagesordnung, daher berichteten die Vertreterinnen aus Amerika und Argentinien, aus Indien und China, aus Schweden und Kanada, aus Spanien und Griechenland, aus Deutschland und der Sowjetunion über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen im Kampf um den Frieden. Das Bewußtsein der Mitverantwortung für das Schicksal der Menschheit hat 80 Millionen Frauen in eine internationale Organisation zusammengeschweißt. Die Tagung des Rates des Internationalen Demokratischen Frauenbundes ist der Auftakt zu einer noch stärkeren Massenaktion für den Frieden, ist ein neuer mächtiger Beitrag zur Sache der Sicherung des Weltfriedens.

Was Amerika uns Deutschen antut

In seinem Bestreben, die ganze Welt zu beherrschen, setzt sich der amerikanische Imperialismus rücksichtslos über die Interessen der Völker hinweg, bedenkenlos die Existenz ganzer Völker aufs Spiel setzend. Was er uns Deutschen antut, zeigt nachsichtige Veröffentlichung, die wir einem Artikel von Albert Norden, betitelt „Der amerikanische Imperialismus Deutschlands Todfeind“ entnommen haben.

Amerika hat durch seinen Druck auf England in der ersten Periode der Besatzungszeit die Nationalisierung der Kohle an Rhein und Ruhr unter Mißachtung deutsch-parlamentarischer Beschlüsse verhindert.

Amerika hat das natürliche Wirtschaftsband zwischen Westdeutschland und dem Osten zerschnitten. Amerika verhängt die Blockade von West- gegen Ostdeutschland.

Amerika beschert dadurch Westdeutschland und Westberlin Millionen Arbeitslose.

Amerika verhindert die Zerschlagung der Konzerne und Truste, dieser ewigen Fäulnisherde des politischen Lebens in Deutschland, dieser unverbesserlichen Finanziers des deutschen Faschismus und Chauvinismus.

Amerika kauft unsere Industrie auf. Von 50 zum Verkauf angebotenen Betrieben des IG-Farbenkonzerns sollen bereits nicht weniger als 33, die hauptsächlich Kunstgummi und Nylon herstellen, in die Hände amerikanischer Mammut-Konzerne, wie Dupont und der Montessanto-Chemical-Corporation gelangt sein.

Amerika bringt Westdeutschland das Besatzungs- und Ruhrstatut.

Amerika hat die politische Reaktion in Westdeutschland nach 1945 systematisch großzügig züchtet.

Amerika koppelt Hitlers Generale von neuem los und läßt unsere Jugend durch Nazijournalisten und eine Sintflut von Sensationszeitschriften mit ihrer infamen Pornographie geistig korrumpieren und sittlich verwildern. Die transatlantischen Kulturträger haben es soweit gebracht, daß heute laut amtlicher Mitteilung im amerikanischen Sektor Berlins jedes achte Mädlein geschlechtskrank ist.)

Amerika bringt Streit und Unruhe in unser deutsches Haus.

Amerika sucht Deutschland mit seinem östlichen Nachbarn zu entzweien und will die deutschen Menschen in Hausdiener und Leibwächter der Wallstreet verwandeln.

Ja, der Feind, den wir am tiefsten hassen, ist jenes Amerika, das die deutschen Gewerkschaften an die Wand drückt und in Westdeutschland die Kriegswirtschaften zur Macht bringt; jenes Amerika, das heute unsere Städte mit Millionen Arbeitslosen bevölkert, um morgen auf unseren Feldern Millionen neue Holzkreuze wachsen zu lassen; jenes Amerika, das uns die Einheit Deutschlands, den Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen verweigert, weil alle drei:

Einheit, Frieden und Abzug der fremden Soldaten, unvereinbar sind mit dem Kriegskonzept der Herren in Washington.

Amerika macht Deutschland nicht nur zum Vorfeld, sondern auch zur Waffenbasis des Atlantik-Fakts. Es ist, wie die „New York Times“ melden, nicht mehr und nicht weniger geplant, als das Gebiet zwischen Rhein und Elbe zu einem ungeheueren Rüstungslager für die ganzen westeuropäischen Länder zu verwenden. „Die Hauptmasse der von den USA kommenden Ausrüstungen für die Mächte des Atlantik-Pakts wird nach dem amerikanisch besetzten Bremer Hafen für die Lagerung in Depots und Warenhäusern der amerikanischen Besatzungszone gehen.“

Statt Demilitarisierung — ein waffenstarrendes Gebot, für dessen Verwaltung man die Spitzen der deutschen Reaktion bestellt.

O, wir wissen: daß alles geschieht im Namen der Demokratie und der Freiheit der Persönlichkeit, wobei man nicht umhin kann, daran zu denken, was schon vor hundert Jahren Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ schrieben:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist.“

Mögen die Herren Amerikas erst den Schmutz aus ihrem eigenen Hause kehren, mögen sie in den Bezirken ihres eigenen Lan-

des Demokratie und Freiheit der Persönlichkeit zur Tat werden lassen, bevor sie uns damit behelligen.

Wer regiert in Westdeutschland?

55 Ausfertigungen und je 55 englische und französische Übersetzungen muß die Bundesregierung der alliierten Hohen Kommission von jedem Bundesgesetz vorlegen. Zusätzlich müssen noch vier der deutschen Ausfertigungen von dem zuständigen Bundesminister als mit der Unterschrift übereinstimmend beglaubigt werden. Eine entsprechende Anweisung hat die Hohe Kommission in ihrem Amtsblatt vom 23. November veröffentlicht.

Die Entscheidungen der Hohen Kommission über die Gesetze und Abänderungen des Grundgesetzes werden der Bundesregierung durch das alliierte Sekretariat mitgeteilt. Die alliierte Anweisung gilt nicht für Abkommen zwischen der Bundesregierung und ausländischen Staaten. Internationale Abkommen können gemäß dem Besatzungsstatut nur nach ordnungsgemäßer Mitteilung an die alliierte Hohe Kommission abgeschlossen werden.

Nichtsnutzig, eine Freiheit, die vergißt, was sie des Reiches schuldig ist. Nichtsnutzig eine deutsche Libertät, die prahlerisch im Feindeslager steht. Geduld, es kommt der Tag, da wird gespannt ein eil'ig Zeit ob allem deutschen Land.

(Ulrich von Hutten)

Die Winke-Winke-Agentur

Unter der Tür grüßte Battista mit Herzlichkeit einen Herrn von gewinnendem Aussehen, der in großer Eile hinausging.

„Wer ist das?“ fragte Edelweiß.
„Ein Kollege von mir“, erwiderte Sonnenstrahl, „ein anderer Angestellter des Büros. Aber eine Nummer hier drinnen. Er ist der Mann der am Bahnhof winkt.“

„Wie meinen Sie das?“ fragte Don Tancredi. Battista erklärte: „Es handelt sich dabei um Reisende, die weder Freunde noch Verwandte haben, die sie zum Bahnhof begleiten. Wenn also diese Reisenden wollen, können sie für billiges Geld das Geleit einer dezenten und gewinnend aussehenden Person haben, wie es gerade mein Kollege ist. Es gibt verschiedene Tarife. Eine halbe Lira für den Satz: Schreibe eine Karte wenn du angekommen bist.“

Ferner kann man für einen Zuschlag von zwei Soldi pro Wort auch folgende Sätze haben: Laß bald von dir hören. Also morgen... Wenn dir irgend etwas zustößen sollte — ich habe an Peppino geschrieben und so weiter. Selbstverständlich existiert Peppino in Wirklichkeit gar nicht. Es ist nur ein Satz, den man für die Leute sagt, die ihn hören, um niemand sehen zu lassen, daß man wie ein Hund abreist. Fünf Lire für eine Umarmung durch das Fenster, und je drei Lire für Küsse für die Herren, bei jungen hübschen Frauen und Mädchen fünfzig Prozent Rabatt, Küsse für alte Frauen fünfzig Lire das Stück. Für tausend Lire Verfolgen des Zuges etwa hundert Meter weit, an die Tür angeklemmt und in Gefahr, mitgerissen zu werden mit Schrei: „Nicht fahren! Nicht fahren! Ich fliehe dich an!“ je nach Uebereinkunft. Aber das ist ein Luxus, den sich nur die Reisenden der großen internationalen Expresszüge leisten können.

Das große Geschäft in diesem Ressort macht die Gesellschaft mit Taschentüchern. Anhalten des Winkens bis der Zug verschwunden ist, kostet nicht unter sechs Lire, aber der Vorteil besteht darin, daß man mit einem einzigen Taschentuch bis fünfzig Personen bedienen kann, die selbstverständlich alle ihren vollen Tarif bezahlen, ohne voneinander zu wissen.

Leider, sagte mir heute morgen mein Kollege, gehen wir einer praktischen Epoche entgegen, in der es mechanische Taschentücher geben wird, die elektrisch betrieben vom Bahnhof und von den Coupés aus winken. Das wird der Ruin der Bahnhofstaschentucharbeiter sein, die doch eine imposante Masse bilden und ein enges Interessensnetz vertreten.“

Unser diesen Gesprächen hatten unsere Freunde die prunkvollen Räume der Agentur durchquert und waren am Ende der Haupt-

terrasse angelangt. Unten am Eingang bot sich ihnen eine kuriose Szene: ein armer Teufel wurde vom Sekretär mit Fußstritten auf die Straße gesetzt, der dabei schrie: „Merken Sie sich's, daß diese Art Tröstungen hier nicht zu haben sind.“

„Was ist Ihnen denn passiert?“ fragte Don Tancredi den Unglücklichen in der stillen Hoffnung, einen jener Fälle erzählt zu bekommen, die man in der Zeitung unter dem Titel: Verhaftung eines Wüstlings liest.

„Die letzten Stunden“

Erinnerungen des Gefängnispfarrers Harald Poelchau

Pfarrer Poelchau war während des Dritten Reiches Gefängnispfarrer von Tegel und wirkte auch in Plötzensee und Brandenburg-Görden seelsorgerisch unter den Gefangenen Hitlers. In den Todeszellen dieser Gefängnisse und Zuchthäuser erlebte er die letzten Stunden zahlloser, zum Tode verurteilter politischer Kämpfer des Inn- und Auslandes.

Dieses Buch — ein Dokument der dunkelsten deutschen Geschichte — vermittelt einen Einblick in Dinge, in die bisher nur wenige Menschen Einblick hatten. Es ist ein Dokument, das man nicht lesen kann, ohne zutiefst erschüttert zu sein.

Pfarrer Poelchau, der unermüdete Helfer in den letzten Stunden eines gewaltsam zum Tode überlieferten Lebens, setzte seine ganze Person für die selbstlose Hilfe ein. Das Buch, das er allen Menschen durch den unermüdeten Kampf für die wahre Kultur schaffenden Verlag Volk und Welt vorlegt, legt Zeugnis ab von den ersten Morden 1933 bis zu den letzten 1945.

Wir finden Abbildungen hingerichteter Widerstandskämpfer und müssen angesichts des Buchdokumentes von Poelchau fordern und bitten: lest dieses Buch! Es ist Mittel für den Toten zu den Lebenden! Es ist Verpflichtung und Forderung zugleich, unermüdet für den Frieden, für die wahre Freiheit des Menschen einzutreten.

Der letzte Brief Edgar Andrés an seine Frau in der Morgendämmerung seines Todestages: „Hamburg, den 4. November 1936, 3.45 Uhr morgens.“

Allerliebste und allertrueste Mutti! Vielen Dank noch für Deine letzten Grüße aus Paris, und nun mein Brief, der allerletzte, den ich überhaupt schreibe. Ich weiß leider nicht Deine Adresse, aber der Rechtsanwalt de Bock aus Brüssel wird Dich schon zu finden wissen.

Alles, was ich denke und fühle, weißt Du, deshalb will ich auch nur diese wenigen kurzen Sätze schreiben. Daß ich bis zu Ende der Alte bleibe, weißt Du, nur eins will ich noch tun, Dir danken für die 10 schönen Jahre, ja auch die Jahre, die ich hier verbracht habe. Stets hast Du mir, einer Heldin gleich, treu, tapfer und mutig zur Seite gestanden, und Dir habe ich meistens zu verdanken, daß ich bis zur letzten Stunde gerade und tapfer bleibe.

Jeden erreicht das Schicksal; den einen so, den anderen anders, den einen früher, den anderen später. Mein Wunsch ist es, daß Du keine Trübsal bläst, suche und finde einen treuen und tapferen Menschen, der weiterhin Dir Stütze und Freund sein soll. Du sollst keine ewige Witwe bleiben, bis zuletzt weiß ich, daß Du oft und gern an Deinen alten Freund und treuen Kameraden denken wirst, und als Dritter im Bunde wird wohl manchmal auch Ajax im Kreise Deiner Gedanken sich befinden.

Die letzte Nacht bleibt Dr. Griesebach bei mir, ich habe tüchtig gegessen, und treu meinen Prinzipien bin ich auch die letzte Nacht bei

„Ich bin ein Unglücklicher“, sagte jener, „und habe mich an die Agentur gewandt, um ein wenig getröstet zu werden.“

„Und?“
„Nun, sie wollten mir einen Tröster geben, ich hingegen wollte nur ein paar tausend Lire. Glauben Sie mir, es gibt für einen Unglücklichen keine andere Art des Trostes im Leben als diese.“

Die drei Freunde entfernten sich nachdenklich.

Selterwasser und Kaffee geblieben. Bis zum Ende bleibe ich ein ehrlicher Kerl, habe mich bis zuletzt verteidigt und kehre ins Nichts zurück, ohne irgendwelche Gewissensbisse.

Lebe wohl, liebe, treue, tapfere und gute Mutti! Viele herzlichste und trueste Küsse! Grüße meine Pariser Freunde!

Meine letzten Gedanken sind bei Dir. Warum noch viel darüber schreiben. Du weißt, daß nur eins noch über Dir stand. Von Menschen aber bist Du mir das Höchste gewesen.

Lebe wohl, glücklich, lange und froh. Noch einmal drücke ich Dich fest ans Herz, meine Augen auf Deinem vor mir liegenden Bild.

Bis zuletzt Dein Edle.“
(Aus: „Die letzten Stunden“, Verlag Volk und Welt, Berlin.)

Zwei Wintermäntel - kleidsam und praktisch

Beim Wintermantel heißt es leider immer noch auf lange Sicht disponieren, darum sollten wir unseren Beruf, unser Aussehen und vor allem auch den vorhandenen Garderobenbestand vor dem Einkauf berücksichtigen. Welche, flauschige Stoffe z.B. sind empfindlich, sportliche Muster in dichter Webart strapazierfähiger. In der klugen Beschränkung auf die Möglichkeiten die der Geldbeutel und die Verhältnisse uns bieten, zeigt sich der persönliche gute Geschmack. Und deshalb wählen wir vor allem den Wintermantel in Stoff, Farbe u. Form so, daß er uns lange Freude macht.

Weite Mäntel sind wieder sehr aktuell, der Hänger ist eine Form, die sich immer bewährt hat. Wir zeigen an diesem Modell links eine neue Idee: Geradegeschnittene Stoffstreifen decken, von der Passage ausgehend, die Nahtteilungen und bilden vorn die breite Taschenklappe. Besonders hübsch kommt dieser modische Einfall bei Karo- oder Streifenstoff zur Geltung.

Die Zeichnung rechts ist ein Vorschlag, der vor allen Dingen denen zur Anregung dienen



kann, die dieses Jahr auf einen neuen Mantel verzichten müssen. Ein wenig Pelz- oder Pelzstoff — deckt schadhafte Taschen und macht das alte Stück direkt elegant.

Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation

Alexander Abusch nimmt den 70. Geburtstag von J. Stalin zum Anlaß, um mit einem neuen Buch, das in diesen Tagen im Aufbau-Verlag, Berlin, erscheint, ein Bild der grundsätzlichen Haltung des führenden Staatsmannes der Sowjetunion zu den nationalen Schicksalsfragen Deutschlands zu geben. Das Buch würdigt die Persönlichkeit Stalins und gibt einen Abriss seiner prinzipiellen Auffassungen in der nationalen Frage, dem sich dann eine eingehende Darstellung der Politik Lenins und Stalins gegenüber dem deutschen Volk von 1917 bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik anschließt.

Das Buch, das den Titel: „Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation“ trägt, ermöglicht dem deutschen Leser, Stalins Grundanschauungen in einer objektiven Darstellung kennenzulernen und enthält reiches Material für Funktionäre und Referenten.

Ein westdeutsches Volksmärchen

erzählt von Pelle Igel

Helmuth Altbau wohnte lange Jahre auf dem Mond und war das Gedränge bei Halb- und Viertelmond satt. Er tat eine unbedachte Äußerung und wurde, da er Fett und Laster genug angesetzt hatte, im Jahre 1933 strafweise auf die Erde versetzt. Er kam gerade noch rechtzeitig, um ein strammer Trommler des „größten aller Feldherren“, den die Welt je gesehen hatte, zu werden. Er durchlief viele Ehren, die damals vergeben wurden. Da er aber doch nur ein strafversetztes Mondkalb war und nur Gast auf dieser Erde, mußte er sich zunächst ausweisen. Wegen Reinrassigkeit und so, denn dies wurde von einem guten Deutschen verlangt, Helmuth Altbau wurde nun niemandem sonst anzugeben als den Mann im Mond, und da man von diesem nicht hundertprozentig wußte, ob er auch nicht und unter gar keinen Umständen den kleinsten Tropfen jüdisches Blut in seinen Adern hatte, wurde Helmuth von der Liste der zu Befördernden ab- und auf die Liste der Verdächtigen gesetzt. Die Strafe war hart. Aber die Zeit des Tausendjährigen Reiches war in zwölf Jahren vorüber und Helmuth glaubte, daß nun eine Besserung kommen würde.

Aber er hatte sich ganz gewaltig getäuscht. Deutschland wurde in vier Zonen aufgeteilt, mit allen Schikanen ausgestattet und der Bürokratie ausgeliefert. Und da Helmuth dummerweise, das Mondzauberwort vergessen hatte, mußte er sich den Bedingungen der Zonen-Laisser-Passers ebenso unterwerfen, wie jeder andere Zonense dieser Erde. Wollte Helmuth Altbau von Bremen ins Hamburgische und vom Hamburgischen ins Badische hinüberwechseln, so mußte er sich erst mal fein säu-

berlich und brav beim Kennkarten- und Passierscheinamt anstellen. Helmuth hatte schon manchen flehentlichen Blick zum Mond geworfen, aber der Mann im Mond beachtete ihn nicht und so stand Helmuth Tag und Nacht, und als er an der Reihe war, wurde die Zonengrenze ins englisch besetzte Hamburg für einige Zeit geschlossen. Da Helmuth mittlerweile alle Bräuche der Vierzonalen gelernt hatte und auszuüben verstand, trotzdem sein Verstand sehr mittelmäßig war, so wußte er bald die Hintertür zu finden, um durch die Vordertür als waschechter, unangefochtener Neudemokrat in den Stand der westirdischen Steuerzahler erhöht zu werden. Ja, er wurde sogar in einer Fabrik als Blechstanzer eingestellt. Er verdiente pro Woche brutto 53.— West und ging nach Abzug aller Not-, Spenden- und Steuerabzüge — und da er Jungeselle war — mit 24.80 nach Haus. Aber Helmuth war glücklich trotz alledem. Aber die Freude währte nicht lange und er wurde entlassen, da seine Fabrik demontiert werden mußte. Dringend und sofort. Robert und Son hatten es beschlossen. So stand Helmuth wieder einmal auf der Straße. In seiner Tasche klinkerten die letzten Pfennige. Als er wieder einmal so auf der Straße stand, marschierte eine Fahnenkompanie an ihm vorbei. Aber Helmuth dachte an die Mondkälber und ihr schönes Leben und vergaß die Fahnen zu grüßen. So lernte er drei Tage lang dutzend- und hundertweise die Qualität der amerikanischen Armeeschuhe kennen. Nach seiner Entlassung geriet er nach Ulm an

der Donau und — direkt in ein DP-Lager, denn nun hatte er sich, und er glaubte mit vollem Recht, als Displaced Fearson ausgegeben. Er verkaufte Schokolade schwarz, schlug mit den DP's ein kommunistisches Parteilokal entzwei und erhielt dafür von der Polizei den Rat, unauffällig zu verschwinden. Er machte sich auf die Socken — seine Schuhe bedurften dringend der Reparatur — und geriet vor ein großes Schaufenster. Bananen und Apfelsinen, Gänsebrust und Salami, Cognac und Steinhäger, alles, alles war hinter dem Schaufenster und vor dem Marshall-Plan-Plakat zu sehen. Aber in seiner Tasche sah und fand er nichts. So ging er mit knurrendem Magen zur Stempelstelle um Arbeit zu bekommen. Da aber schon eine Million 800 Tausend vor ihm in Westdeutschland vornotiert waren, wies man ihn ab. Zudem hatte er noch immer keine Zugangsgenehmigung für die Erde. Auch hatte er nicht die vorschriftmäßige Kennkarte. Einen Flüchtlingsausweis erhielt er von einem Schwarzhändler, als dieser vor einer Razzia alles von sich warf und verschwand. Helmuth hob ihn auf und noch vieles dazu. Leider war außer dem Flüchtlingsausweis und einer Bescheinigung, unterzeichnet von Hjalmar Schacht und General Halder, daß der Innaber ein Widerstandskämpfer sei, kein Geld dabei. So mußte sich denn Helmuth auf den westdeutschen Leidensweg machen und schnorren gehen. Zunächst hatte er Glück. In Freiburg im Breisgau erhielt er zunächst eine Tasse heißen Caritaskaffee und einen Tritt in den Hintern, als man feststellte, daß er gar kein echter Ostzonenflüchtling war. Außerdem wurden ihm seine Papiere abgenommen. Ein großzügiger CDU-Landtagsabgeordneter aber gab ihm den Rat, nach Bonn zu marschieren und sich als Heimkehrer aus russischer Kriegs-

gefangenschaft auszugeben. Es glückte. Und es glückte später, nach der Adenauerei doch nicht, da Reporter ihn als ein impertinentes Mondkalb bezeichneten.

Da verlor er alle Fassung, verließ das fassungslose Verfassungsgebäude und bewarb sich beim Amt für sofortige Soforthilfe um den Posten eines Kassierers. Wurde jedoch nicht angenommen und geriet auf Umwegen nach Wedel und in das Treffen der Fallschirmjäger. Dort verstand er es, sehr fachmännisch zu reden, wurde aber, als er Kamerad Student, nach dem sechsten Hoch auf die grünen Teufel, leutselig auf die Schulter klopfte, mit einem so kräftigen Tritt in sein Vollmondgesicht versehen, daß er mit voller Wucht auf den Staatsböckel flog. Und das war sein Glück, denn der war leer und so fiel er verhältnismäßig weich und wurde durch ein Riechfläschchen, auf dem „Demontagestopp“ in englisch, französisch und amerikanisch stand, wieder ins westdemokratische Leben zurückgerufen. Sofort machte er sich aus dem Staube und versuchte sein Heil als Journalist. Er schrieb und schrieb, aber er hatte kein Glück, denn er kannte sich noch nicht genügend in den Gepflogenheiten der Zeitungen aus. Auch hatte er kein Dach über dem Kopf. Gewiß, in Frankfurt hatte er zeitweilig Unterschlupf in Erdlöchern und Ruinen gefunden, aber er wollte höher — viel höher hinaus. Da setzte er sich, einer Eingebung folgend, an die nächste Straßenecke und sang das Horst-Wessel-Lied auf Schwäbisch-Gmünder Art. Es fielen sovjet Zehner in seine Mütze, sodaß er sich einen Füller kaufen konnte, Papier dazu und seit dieser Zeit schreibt Helmuth eifrig und mit Erfolg für die Westkuriere im Westen seine „Volksdeutschen Märchen“, vom „Eisernen Vorhang“ und was sich dahinter tut... So hatte er endlich die Möglichkeit gefunden, sein Leben, und was für ein Leben, zu fristen.

1565 Betriebsarbeiter stimmten mit „Ja“

Bericht unseres Maggi-Betriebskorrespondenten

Bei der am Mittwoch stattgefundenen Betriebsversammlung der Belegschaft der Maggi-Werke wurde zu Beginn festgestellt, daß die Betriebsleitung trotz Einladung nicht anwesend sei. Keiner der Direktoren war aufzufinden, der Rede und Antwort hätten stehen können.

Nachdem 1565 Betriebsmitglieder für das Verbleiben des bisherigen Personalchefs Hohlwegler gestimmt hatten, und nur 26 eine Ablehnung Hohlweglers forderten, schilderte der Betriebsratsvorsitzende nochmals alle unternommenen Vermittlungsversuche. Auch ein neutraler Mittelsmann als Schlichter wurde von der Direktion abgelehnt, die versuchte, allen Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Er, Hohlwegler, habe die Hoffnung gehabt, daß frühere gute Verhältnisse mit der Betriebsleitung auch nach der Vereinigung mit dem Nestlé-Konzern und der neuen Direktion aufrecht erhalten zu können. Dies sei aber eine Illusion gewesen. Direktor Streit habe auch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der frühere Zustand nun vorbei sei, denn Wirtschaftsdemokratie sei nur ein Traum.

Kollege Hohlwegler stellte die Frage: Was würde Julius Maggi sagen? Die älteren Kollegen wissen sehr wohl, daß er schon vor 40 Jahren sozial fortschrittlicher war, als unsere heutige Direktion. Dieser Umstand war nicht zuletzt mit der Ursache der gewaltigen Entwicklung der Firma, die auf den Massenkonsum ihrer Waren durch die breiten werktätigen Schichten angewiesen ist. Während in Mitteldeutschland (also im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, die „Red.“) die Gewerkschaften immer mehr in die Betriebe eingebaut werden, zeige sich hier eine entgegengesetzte Entwicklung. Man solle bedenken, daß die sprichwörtliche Gutmütigkeit der Süddeutschen schließlich auch ihre Grenzen habe. Wäre es dem Betrieb nicht denklicher, er könnte seine Produkte allen Betriebskassen in Deutschland anbieten und auf der Rückseite der Offerte die sozialen Leistungen der Firma anführen, als so das Schauspiel eines unsozialen Betriebes zu geben, in dem die Belegschaft noch um die selbstverständlichsten, gesetzlich bereits verankerten Rechte kämpfen muß. Dem Betriebsrat wurde bisher auch ein wirklicher Einblick in die Geschäftsführung verweigert.

Es folgte eine sehr lebhaft diskutierte, die den Unwillen der Belegschaft über die Haltung der Konzernleitung zum Ausdruck

brachte. Es wurde betont, daß nunmehr zwei klare Fronten entstanden seien: Konzern gegen Betriebsbelegschaft. Wenn wir einig und unserer Stärke bewußt sind, können wir viel erreichen. Die Maggi-Arbeiter haben auch schon früher bewiesen, daß sie für ihre Rechte auch zu kämpfen verstehen. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will. Damit war auch bereits die Antwort auf die weitere Frage gegeben: „Was gedenkt die Belegschaft zu tun, um den von der Direktion ohne Wissen des Betriebsrats für den 1. Dezember eingestellten neuen Personalchef Müller an der Aufnahme seiner Tätigkeit zu verhindern?“ Die Versammlung beauftragte einmütig den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper am 1. Dezember die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Nach diesem Vertrauensbeweis tagten anschließend über 90 Vertrauensleute der Abteilungen und faßten den Beschluß, am Donnerstag 9 Uhr die Arbeit

für eine halbe Stunde einzustellen und diesen Sitzstreik jeden Tag solange zu wiederholen, bis die Direktion nachgibt.

Damit sind auch die Einschüchterungsversuche der Direktion eindeutig gescheitert, denn offensichtlich hatte Herr Direktor Streit selbst das Gericht verbreiten lassen: er habe zwei Hände in den Taschen, die eine sei leer und in der anderen habe er 85 000 DM als Weihnachtsgratifikationen, die Belegschaft könne ja wählen, welche er herauszöge. Wir danken für solche Weihnachtsmänner, die von dem von uns erarbeiteten Gelde 85 000 DM nehmen und es nur dann uns geben wollen, wenn wir dafür auch unsere menschliche Würde und unsere gewerkschaftlichen Rechte preisgeben! Geschlossen werden wir als Belegschaft dafür sorgen, daß auch die „Weihnachtsgratifikation, die in unserer bedrängten Lage den Charakter einer Winterbeihilfe erhält, auch in diesem Jahre wie bisher ausbezahlt wird.

Angestellte verlangen Lohnerhöhung

Villingen. Die Gewerkschaft der Angestellten teilt uns mit: Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Löhne und Gehälter in keinem Verhältnis zu den bestehenden Preisen sind. Aus diesem Grunde ist die Gewerkschaft der Angestellten dauernd bemüht, eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Angestellten zu erreichen. So wurden in den letzten Tagen mit folgenden Fachgruppen Lohnverhandlungen geführt: Groß- und Einzelhandel, Bankgewerbe, Konsumgenossenschaften, Industrie- und Handwerk, Uhrenindustrie.

Im Groß- und Einzelhandel wurde neben der Erhöhung der Erziehungsbefähigung eine Gehaltserhöhung von 8 Prozent erreicht.

Die Verhandlungen mit dem Bankgewerbe führten bis jetzt noch zu keinem Erfolg, da die Vertreter der Banken erklärten, die Ertragslage der Banken habe immer noch keine günstige Entwicklung angenommen. Trotz aller Widerlegungen dieser Ansicht durch die Gewerkschaft konnte nur erreicht werden, daß die Arbeitgebervereinigung des privaten Bankgewerbes ihren Mitgliedsfirmen empfiehlt, im Rahmen des möglichen liegende Sonderleistungen durchzuführen. Die Gewerkschaft wird diese Entwicklung bis zum 15. 12. beobachten

und sich nach Beratung mit der Tarifkommission weitere Schritte vorbehalten.

Die Konsumgenossenschaften erklärten sich zu einer Aenderung der Gehaltssätze erst dann bereit, wenn auch eine Regelung im Groß- und Einzelhandel erfolgt. Nachdem nun mit dem Groß- und Einzelhandel eine Erhöhung der Gehälter vereinbart wurde, werden sofort die Verhandlungen mit den Konsumgenossenschaften aufgenommen.

Für die Angestellten der Industrie und im Handwerk (ohne Uhrenindustrie) wurde eine 6-10%ige Gehaltserhöhung durchgesetzt. Die Verhandlungen mit der Uhrenindustrie brachten den gegenseitigen Willen, einen gemeinsamen Tarif mit der Uhrenindustrie von Südwürttemberg zu schaffen, zum Ausdruck. Beide Partner machten das Zugeständnis, alles zu versuchen, daß noch im Monat Dezember ein gemeinsamer Abschluß getätigt werden kann.

Schutz den Bauarbeitern

Ueberlingen. Die Verordnung über den Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahr vom 26. März 1919 bildete den Anlaß, die Wiedereinrichtung von Baukontrollen und die Bestellung von Bauaufsehern in den Gemeinden erneut zur Durchführung zu bringen. Dieser Tage wurden die Bauaufseher der Kreisgemeinden zu einem vom Gewerbeaufsichtsamt, dem Landratsamt und der Berufsgenossenschaft Ueberlingen veranstalteten Vortrag eingeladen, wobei sie auch auf ihren Dienst verpflichtet wurden.

Aus dem Freiburger S'adra!:

Die Wohnungsnot wird immer größer

Freiburg. Zu Beginn der Stadtratsitzung am Dienstag wurden u. a. Kredite zum Wiederaufbau verschiedener Wohngebäude in der Tell- und Ferdinand Weißstraße gebilligt. Da in diese Wohnungen aber vorwiegend Arbeiterfamilien ziehen werden, stellte Stadtrat Müller (KP) die Forderung, die Mieten so niedrig wie möglich zu halten und verband dies mit der Frage nach der voraussichtlichen Miethöhe. Darüber wird in der nächsten Sitzung Auskunft gegeben. Weiter verlangte Müller, daß diese Wohnungen durch beim Wohnungsamt gemeldete Wohnungssuchende belegt werden müssen. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß zusätzlich zu den 5000 Freiburger Wohnungssuchenden Familien noch etwa 150 Personen kommen, die in Kürze die Ruinen der Frauenklinik räumen, wo sie bis-

Befehl ist Befehl

Am vergangenen Montag hatte die Freiburger Polizei verstärkte Sorgen! Bekanntlich ist seit einigen Tagen zwischen 17.00 und 19.20 Uhr jegliche Stromabnahme für Schaufensterbeleuchtung untersagt. Die Freiburger Geschäftsleute von dieser Maßnahme empört, nahmen es mit der Abschaltung ihrer Schaufensterbeleuchtung nicht so genau. Aber wozu haben wir denn schließlich die Polizei? Prompt wurde sie zum Einsatz gebracht. Nach der aus vergangenen Zeiten nicht unbekanntem Devise „Befehl ist Befehl“ schien sie ihre Aufgabe lösen zu müssen! Was dabei herauskommt zeigt nachstehendes Beispiel:

Strahlend von vier Lampen zu je 25 Watt erhellt, leuchtete das Schaufenster der Firma X. Anlaß genug, für einen sich auf „Kohlenklastreife“ befindlichen Polizeibeamten, das betretende Geschäft aufzusuchen. Dort setzt man ihm freundlich auseinander, daß man die Schaufensterbeleuchtung mit zusammen 100 Watt eingeschaltet, zu gleicher Zeit aber drei große Lampen im Verkaufsraum mit zusammen 350 Watt ausgeschaltet hatte, um nun unter Ausnutzung des von der Schaufensterbeleuchtung in den Verkaufsraum flutenden Lichtes die Kundschaft zu bedienen. Somit ergibt sich trotz der beleuchteten Schaufenster eine Stromersparnis von 250 Watt. Dem Schupo leuchtet das ein und er empfiehlt sich. Doch schon steht der nächste da und das Schauspiel wiederholt sich. Der Schupo trollt sich, bei weiterhin beleuchteten Schaufenstern, zufrieden davon. Aber es gibt ja mehr als zwei Polizisten in Freiburg, sodaß auch der dritte nicht lange auf sich warten ließ.

Die auch ihm gegebene freundliche Erklärung über eine Stromersparnis von 250 Watt bei beleuchteten Schaufenstern machten wenig Eindruck auf ihn. Die Schaufensterbeleuchtung mußte ausgeschaltet, die Verkaufsraumbeleuchtung wieder eingeschaltet werden — der Amtsschimmel wieherte und „Kohlenklastreife“ lachte! heh.

Steigende Fleischpreise

In der Nummer 138 UNSER TAG brachten wir die Nachricht, daß der Preis für das Pfund Rindfleisch um 0,20 DM gestiegen sei. Hierzu teilt uns das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit, das auf Grund dieser Notiz eine Beantragung der Verbraucherschutzbehörde befürchtet, berichtend mit, daß auch die Preise für Schnitzel ohne Knochen sowie Leber, um 0,20 DM bzw. 0,10 DM gestiegen sei. Wir stellen also fest, daß nicht nur bei Rindfleisch, sondern auch bei Schnitzeln und Leber eine Preissteigerung zu verzeichnen ist. Da diese Meldung aus amtlicher Quelle stammt, wird wohl auch der Böswilligkeit nicht an der Richtigkeit zweifeln.

Wieder gegen die Kleinen!

Wie wir bereits berichteten, soll den Zeltungsverkäufern und anderen Verkaufständen auf der Kaiser Josef-Straße und weiteren Stellen die Genehmigung zum Verkauf ihrer Ware nach dem 31. 12. 49 in diesen Straßen nicht mehr erteilt werden. Wieder sollen also kleine Leute getroffen werden, die oft trotz Invaldität lieber in Kälte und Regen ihr Brot verdienen, als der Fürsorge zur Last zu fallen. Wider sein besseres Wissen erklärte der OB, daß die Angelegenheit die Stadtverwaltung nichts angehe, sondern dies Sache der Polizeibehörde sei. Der Direktor des Liegenschaftsamtes aber mußte feststellen, daß er den Auftrag erhalten habe, bei der Polizei vorstellig zu werden, um diese zu der oben angeführten Maßnahme zu veranlassen. Diesen Auftrag erhielt er von der Stadtverwaltung, sicher nicht ohne Wissen des Oberbürgermeisters. Stadtrat Müller forderte, daß die Zeitungshändler und ihre anderen Kollegen des ambulanten Gewerbes weiter auf den Straßen verkaufen dürfen. Die Angelegenheit muß daher nochmals, falls nötig, in einer Sitzung des Stadtrats behandelt werden. Da die übrigen Parteien diese Forderung nicht unterstützten, liegt es jetzt vor allem am Verband des ambulanten Gewerbes, die Forderung seiner Mitglieder durchzusetzen, wobei sie der weiteren Unterstützung der kommunistischen Partei sicher sein können.

Grundsteuerermäßigung trotz Gebührenerhöhung

Gegen die Stimme des kommunistischen Stadtrates wurde eine Grundsteuerermäßigung für diejenigen beschlossen, deren Grundstücke unbebaut sind, mit der Einschränkung, daß diese nicht an aufgeschlossenen Straßen liegen. Stadtrat Müller wandte sich prinzipiell gegen eine solche Maßnahme, besonders da der OB durchblicken ließ, daß die erst kürzlich vom Stadtrat abgelehnte Erhöhung der Müll-, Kanal- und Straßenreinigunggebühren nochmals beraten werden müsse.

Wo bleiben die staatlichen Mittel?

Eine Anfrage des Stadtrats Müller, ob die Auszahlungen an Fürsorgeempfänger und Bedürftige zur Einkellerung der Winterkartoffeln vorgenommen wurden, konnte bejaht werden, doch mußte seine Frage, ob der Staat seinen vom Landtag auferlegten Pflichten nachkomme, negativ beantwortet werden. Bisher sind zu diesem Zweck noch keine staatlichen Mittel an die Stadt überwiesen worden.

Würdige Hüter des Faschismus in Freiburg

Skandal um das „Geschwister-Scholl-Haus“

Freiburg. Untertützt von sämtlichen Jugendorganisationen hatten die „Falken“ in der letzten Sitzung des Stadtjugendausschusses den Antrag gestellt, die Schenkendorfschule in Freiburg-Hasiach, in der die Jugendorganisationen ein vorläufiges Heim gefunden haben, zu Ehren der im Widerstand gegen das Hitler-Regime gefallenen Geschwister Scholl in „Geschwister Scholl-Haus“ umzubenennen. Zu diesem Antrag führt das städtische Archivamt zur Begründung seiner ablehnenden Haltung aus:

„...daß die Handlungen der Geschwister Scholl nicht unter staatlicher Schulaufsicht ständen, und daß man — wenn man auch heute mit den Opfern der Widerstandsbewegung sympathisiere — nicht sagen könne, wie eine spätere Zeit darüber urteilen werde.“

Weiter besagt das Schreiben, laut Protokoll der Stadtjugendsitzung, daß die Umbenennung „nicht im Interesse der Eltern und Erzieher liege, da es sich ja in erster Linie um eine Schule handle und man die Kinder nicht dadurch vor politische Entscheidungen stellen solle.“

Der Brief des Archivamtes stellt eine so ungläubliche Gemeinheit dar, daß die gesamte Öffentlichkeit gegen die darin enthaltene Difamierung der beiden Münchener Studenten aufgerufen werden muß. Wir verlangen, daß der Name des Verfassers öffentlich genannt wird und sofort dafür gesorgt wird, daß er seines Postens entoben wird. Wie uns von der Freiburger FDJ mitgeteilt wird, erwarten die Mitglieder dieser Organisation, daß sich die gesamte Freiburger Jugend an dem Protest gegen diese Haltung des städtischen Archivamtes beteiligt und auch die Studentenschaft der beiden Hochschulen wie Dozenten

und Lehrer aller Freiburger Schulen sich diesem Protest anschließen.

Es muß dagegen Stellung genommen werden, daß man den Opfermut der Antifaschisten derartig verhöhnt, daß man die Möglichkeit erwägt, daß etwa die Nachwelt über die Widerstandskämpfer zu einem anderen, also negativen Urteil kommen kann. Es ist unerhörte, daß man eine gegen den Faschismus gerichtete Haltung als eine ungewünschte politische Entscheidung der Jugend hinstellt, die nicht im Interesse der Eltern und Erzieher liege.

Wenn in dem Brief außerdem die Ablehnung damit begründet wird, daß die Schule an der Schenkendorfsstraße liegt, und deshalb eine Umbenennung „nicht zweckmäßig“ sei, so kann es darauf nur eine Antwort geben: Die Forderung nach der Umbenennung auch der Straße in „Geschwister Scholl-Straße“!

In der Sitzung des Stadtjugendausschusses wandten sich die Vertreter aller Organisationen gegen die Stellung des Archivamtes, sodaß der Antrag auf Umbenennung dem Stadtrat zur Beschlußfassung zugeleitet wurde.



„Na, wartest du auch auf den Lastenausgleich?“
„Nein, da warte ich schon lieber auf einen Totogewinn!“

Gegen Verzögerung des Manteltarifabschlusses

Freiburg. Im Mittelpunkt einer Versammlung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung stand die Stellungnahme der Textilarbeiter zu den Verhandlungen um den Abschluß eines neuen Manteltarifs, wobei vor allem die Bestrebungen des Verbandes der Textilindustriellen angegriffen wurden, der nichts unversucht läßt, den Abschluß hinauszuzögern. Gerade deshalb wurde besonders die Forderung nach einer Erweiterung des Mindesturlaubs unterstrichen. Es wird verlangt, daß Jugendliche bis 16 Jahre 24 Tage Urlaub, bis 18 Jahre 18 Tage Urlaub und bis 20 Jahre 15 Tage Urlaub erhalten. Textilarbeiter vom vollendeten 24. Lebensjahr an 13 Tage Mindesturlaub anstatt der 12-tägigen Regelung vom 27. Jahr an 14 Tage und ab 30 Lebensjahre 16 Tage Urlaub. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Textilarbeiter bereit sind, für diese Forderungen energisch einzutreten. Außerdem wandten sich die Anwesenden nochmals gegen das sog. Notopfer und verlangten, daß der Neustädter Gewerkschaftsbeschuß, der die Beendigung dieser Steuer bis zum 31. 12. 49 vorsieht, auch realisiert wird.

SIW fordern deutsche Einheit

In einer Entschliessung der Belegschaft der Süddeutschen Isolierwerke in Freiburg heißt es, daß sich die Kollegen „rücksichtslos zu allen Bestrebungen bekennen, die die Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege bezwecken. Jeder andere Versuch als auf friedliche Art würde zu keiner Lösung dieser Frage führen, sondern Deutschland in eine tote Wüste verwandeln.“

Fort mit dem „Notopfer“

Die Belegschaft der SIW forderte in einer weiteren Entschliessung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, mit Nachdruck die

Aufhebung der Sondermassensteuer, genannt „Notopfer Berlin-Kehl“. Die weitere Erhebung ist in keiner Weise gerechtfertigt. Wenn für Kehl finanzielle Mittel benötigt werden, so sind die Hauptschuldigen mit einer laufenden Sondersteuer zu belasten. Diese Steuer wäre gerechtfertigt.“

Interessen der Werkstätten in den Vordergrund

In einer Versammlung der Ortsgewerkschaft Chemie, Freiburg, wurde neben der Behandlung innerorganisatorischer Fragen vor allem auf Versuche hingewiesen, Mißtrauen und Kette in die Reihen der Chemie- und Fabrikarbeiter zu bringen, um sie dadurch von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken. Es wurde in der Diskussion betont, daß solche Versuche zum Scheitern gebracht werden müssen, um den Weg zur Erfüllung der dringendsten Aufgaben freizumachen; der Durchsetzung höherer Löhne, der Erhaltung des Arbeitsplatzes und der Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht. Die Versammlung sprach dem Kollegen Faulhaber ihr Vertrauen aus, unterstützt durch eine ähnliche Stellungnahme der SIW-Belegschaft, die ebenfalls das Vertrauen zum Koll. Faulhaber zum Ausdruck brachte.

Gewerkschafts- und Betriebsrätekonferenz für den Seekreis

Singen. Am Samstag, 3. Dezember, vormittags 8.30 Uhr, findet im Burghofsaal in Singen eine Konferenz der Betriebsräte, Personalräte und Obmänner sowie der Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften für den Seekreis statt. Kollege Schmidt-Stockach wird über den Bundestag in München Bericht erstatten. Ein Mitglied des Bundesvorstandes referiert über die Neuordnung der Gewerkschaften ab 1. Januar 1950.

UMSCHAU IM LANDE

Spende für UT

La hr. Für den Kampffond UNSER TAG übersandte uns ein Leser aus La hr den Betrag von 5 DM, wofür wir bestens danken.

Im Tiengener Rathaus wird abgebaut

Tiengen. In der letzten Sitzung des Tiengener Gemeinderates, lag die schriftliche Anfrage der CDU vor, ob die Stelle des Feldhüters weiterhin tragbar sei oder eine Einsparung gemacht werden kann. — Bisher wurde in der Stadt Tiengen der Feldhüter auch im Winterhalbjahr beschäftigt. — Der Beamtenapparat wird abgebaut — dem kleinsten kommunistisch verdächtigen Gehaltsempfänger wurde gekündigt. — Halleluja: der Gemeindehaushalt ist in Ordnung gebracht!

Planmäßige Wohnraumerfassung?

Lörrach. Durch eine amtliche Bekanntmachung, die in der heutigen Ausgabe veröffentlicht ist, macht das städtische Wohnungsamt

Zum Tode eines treuen Genossen

Lörrach. Ueberraschend schnell starb unser langjähriges Mitglied und treuer Genosse Albert Weiß, Lörrach, Wallbrunnstraße 52, im Alter von 73 Jahren. Albert Weiß war einer der Mitgründer der Kommunistischen Partei in Lörrach und wurde anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Ortsgruppe besonders geehrt. Leider war es ihm nicht mehr vergönnt, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der Unterdrückung zu erleben. Die Ortsgruppe Lörrach wird dem verdienten Vorkämpfer ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren. Kommunistische Partei Ortsgruppe Lörrach.

darauf aufmerksam, daß im Hinblick auf die Unterbringung der zum Teil seit Jahren auf Wohnungszuweisung wartenden Wohnungssuchenden und der laufend eintreffenden Flüchtlinge gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden müssen, um den vorhandenen Wohnraum planmäßig zu erfassen. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei der Bekanntmachung. „Neus Besen kehren gut“, sagt man und könnte in Anwendung an die Umbesetzung im Wohnungsamt nur wünschen, daß kräftig gekehrt wird. Vielleicht wendet man dabei auch endlich einmal das besondere Augenmerk auf gewisse 10-Zimmerwohnungen, die nur von zwei Personen belegt sind. Nicht immer im „Volksgehalt“ noch weiter zusammenzupacken! Oben Luft machen ist viel wichtiger. Man wird das neu besetzte Wohnungsamt nach seinen Taten beurteilen. In diesem Sinne: „Auf ein erfolgreiches Großreinemachen!“

Rückgabe von Einrichtungsgegenständen

Lörrach. Dem Requisitionsamt Lörrach wurden durch die Besatzung eine Anzahl Möbel und Einrichtungsgegenstände zurückgegeben, deren Eigentümer nicht festgestellt werden konnte. Um die rechtmäßigen Eigentümer ausfindig machen zu können, sind die Gegenstände beim Kreisrequisitionsamt Lörrach, Sarasingebäude, zur Besichtigung aufgestellt.

Warnung vor Betrüger

Waldshut. Die Waldshuter Kriminalpolizei warnt vor einem Betrüger, der sich als Bücherreisender ausgibt, Grübe von angeblichen Bekannten ausrichtet und gutgläubige Menschen um ihre sauer verdienten Groschen prellt. Der Mann, um den es sich handelt, heißt Nadenik und ist 26 Jahre alt.

Neue Rufnummern

Freiburg. Den Fernsprecheinnehmern ist in den letzten Tagen ein Verzeichnis der Rufnummernänderungen im Ortsnetz Freiburg zugegangen. Dieses Verzeichnis tritt mit der Aufhebung der Staatszentrale und mit Umschaltung vom 2. in das 3. Tausend, die vom 3. auf den 4. Dezember 1949 durchgeführt werden in Kraft.

Besonders wird darauf hingewiesen, daß das Fernamt künftig mit 00, die Auskunft mit 08 und die Entwürfsstelle mit 07 (bisher 0, 8 und 7) angerufen werden muß.

Preise für Hochzucht-Saatgut in Südbaden

Freiburg. Für Hochzucht-Saatgut von Getreide der Ernte 1949 wurden vom Badischen

Wirtschaftsministerium im Wege einer Landesverordnung, im Einvernehmen mit dem Landwirtschafts- und Ernährungsministerium folgende Verbraucher-Höchstpreise für je 100 kg ab Erzeugerstation ausschließlich Sack festgesetzt:

Winterroggen und Sommerroggen DM 35; Winterweizen DM 32,50; Wintergerste, vierteilig, DM 37,50; Wintergerste, zweiteilig, DM 39,50; Sommergerste DM 39,50; Weißhafer und Gelbhafer DM 33,50; Schwarzhafer DM 35,30.

Flüchtlinge trafen ein

Tilberg. In den letzten Tagen trafen die vom Umstellungsamt Villingen zugewiesenen Flüchtlinge gruppenweise ein. Bis zur Einweisung in Wohnungen sind sie im Villingen Wanderheim untergebracht.

Gefängnis- und Geldstrafe für Vorsitzenden des süddeutschen Fußballverbandes

Neustadt. Das französische Gericht in Neustadt verurteilte den ersten Vorsitzenden des süddeutschen Fußballverbandes und Inhaber eines Sportartikelgeschäftes in Ludwigs-hafen, E. Fahrbach, zu zwei Monaten Gefängnis und 16 000 DM Geldstrafe. Fahrbach hatte während des Krieges in Frankreich erworbene Möbel und Einrichtungsgegenstände nach Deutschland gebracht und sie nach 1945 entgegen den Anordnungen der Besatzungsmacht nicht angemeldet.

Gründungsversammlung

Villingen. Der Bund der Kriegsverletzten, Hinterbliebenen und Sozialrentner des Kreises Villingen hält am Samstag, 3. Dez., 14.30 Uhr, im Gasthaus „Gambelinus“ eine Gründungsversammlung des Kreisverbandes ab. Am gleichen Tage, um 20 Uhr, findet eine Versammlung des Ortsverbandes Villingen im Gasthaus „Löwen“ statt, in der ein Sprecher des Landesverbandes ein Referat halten wird.

Eltern-Nachmittag der Arbeiterwohlfahrt

Singen. Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltet am 4. Dezember 14 Uhr, im Gasthaus „Deutscher Hof“ einen Eltern-Nachmittag. Der als Weihnachtsfeier gedacht ist. Zu den Veranstaltungen sind etwa 80 Personen eingeladen, welche 60 Jahr und älter sind. Sie sollen bei Kaffee und Kuchen für einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen. Für musikalische Umrahmungen und humoristische Darbietungen ist gesorgt.

Zwei Frauen verbrannt

Sulzfeld. Bei dem Versuch, Bodenwachs selbst herzustellen, explodierte ein Topf mit kochendem Fett, da einige Tropfen ins Feuer fielen und sich entzündeten. Durch den Druck wurde die Kücheneinrichtung zerstört. Zwei Schwestern (Kriegserwitwen), die in der Küche anwesend waren, erlitten durch das brennende Fett so schwere Brandwunden, daß eine am gleichen Tage verstarb, während die andere einige Tage später im Sächsischen Krankenhaus in Karlsruhe ihren furchtbaren Verletzungen erlag.

Brand in Offenburg

Offenburg. In der Autoreparaturwerkstätte von Deschwanden brach am Donnerstagabend ein Brand aus. Der Brand entstand in den Büroräumen und breitete sich auf das Dach der Werkstätte aus. Nach dreistündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, das Feuer soweit einzudämmen, daß für die angrenzenden Gebäude keine Gefahr bestand. Ueber die Brandursache ist noch nichts bekannt.

Oktoberrevolutions-Feier

Rastatt. Am letzten Samstag veranstaltete die Ortsgruppe Rastatt eine gut gelungene Feier zum 32. Jahrestag der großen Sozialistischen Oktober-Revolution. Die Feier war gut besucht. Genosse Büche von der Landesleitung legte in klaren Worten das große Beispiel dar, das uns die KPdSU und die Sowjetunion für unseren Kampf geben.

Achtung, Freiburger Genossen!

Am Sonntag um 19.30 Uhr treffen wir uns alle in der „Harmonie“ zu unserer gemeinsamen Feier aus Anlaß der Oktoberrevolution und des bevorstehenden 70. Geburtstages Stalins.

Sport und Spiel

Sport-Vorschau

Landesliga: SV Ottenau — SC Baden-Baden; ASV Freiburg gegen SV Schopfheim; VfR Stockach — SV Emmendingen; Rot-Weiß Lörrach — ASV Furtwangen; SV Göttingen — Blau-Weiß Freiburg; SV Gutach gegen SV St. Georgen.

Bezirksklasse Baden-Baden: Staffel Nord: Illingen — Gaggenau. — Staffel Süd: Baden-Oos — Bühlertal.

Kreisliga: Staffel Rastatt: Keine Spiele. — Staffel Murg: Selbach — Botenfels. — Staffel Bühl: Stollhofen gegen Vornholt; Leberstung — Oensbach; Bühl II gegen Vimbuch; Waldulin — Sasbach; Neusatz gegen Oos II.

Junioren: Rastatt — Stelmauern; Bühlertal gegen Hörden; Durmersheim — Baden-Baden.

Jugend: Staffel Hardt: Au a. Rh. — Blöttigheim; Muggensturm — Illingen; Haueneberstein — Elchesheim. — Staffel Murg: Forbach — Kuppenheim; Michelbach — Gernsbach. Gruppe S1d, Staffel II: Bühl — Vimbuch; Unzurst — Bühlertal; Waldulin gegen Achern I; Lauf — Achern II. — Staffel II: Keine Spiele. — B-Jugend: Muggensturm — Hörden; Niederbühl — Durmersheim.

Sport am Ober rhein

Landesliga
Rheinfelden — Achern; ASV Freiburg — Schopfheim; Lörrach — Furtwangen.
Rheinfelden empfängt den Tabellenzweiten Achern und wird es schwer haben, gegen den Neuling zu bestehen. Andererseits sind aber die Männer um Wäflner wieder in besserer Form, so daß ein Teilerfolg nicht ausgeschlossen ist. Schopfheim fährt nach Freiburg zum ASV und wird sich ebenfalls strecken müssen, wenn beide Punkte mit ins Wiesental sollen. Lörrach hat Furtwangen zu Gast, einen alten Bekannten aus den Aufstiegsspielen. Die Rot-Weißen halten wir für stark genug, um zu beiden Punkten zu kommen.

Bezirksliga
Well — Säckingen; Whylen — Stetten; Schopfheim Ib — Hallingen; Lörrach Ib — Zell; Fahnau gegen Wutöschingen.
In Well gastiert mit Säckingen eine Mannschaft, die ebenfalls zum Spitzenfeld zählt und bisher überragend gut abgeschnitten hat. Well hat gut in Fahrt und sollte es klappen wie in Wutöschingen, so dürfte an einem sicheren Sieg des Tabellenführers nicht zu zweifeln sein. Der Neuling Stetten scheint ganz außer Tritt geraten zu sein. Drei Niederlagen nacheinander haben die Grenzer zu verzeichnen und es macht kaum den Anschein, daß es in Whylen zu was anderem reicht. Hallingen wird in Schopfheim bei der Reserve ebenfalls einen schweren Stand haben. In Lörrach erwartet man die Reserve von Rot-Weiß als Sieger. Die Zeller werden nun aber alles versuchen, um vom Tabellenende wegzukommen. In Fahnau wird man sich

es nun auch so langsam überlegen, um von dem bedrohlichen Platz in der unteren Tabellenhälfte wegzukommen. Wutöschingen hat schon für manche Ueberraschungsfolge gesorgt, aber trotzdem erwarten wir die Wiesentaler als Sieger.

Kreisliga
Gruppe II: Schopfheim III — Brombach. — Schopfheim III halten wir für stark genug, um gegen Brombach erneut zu einem Siege zu kommen.
Gruppe III: Tiengen — Säckingen II; Grenzach II gegen Albruck. — Tiengen geht gegen Säckingen II als klarer Favorit in den Kampf. Grenzach II sollte zu Hause gegen Albruck zum Zuge kommen.

Handball
Zonenliga: Hauggen — Lörrach.
In Hauggen kommt es zum Lokalkampf Hauggen gegen Lörrach. Die Hauggener benötigen dringend Punkte und werden es dem Exmeister sicherlich schwer machen. Lörrach ist von seiner gewöhnlichen Form erheblich entfernt, darüber läuscht auch der klare Sieg gegen Offenburg nicht hinweg. Aber trotzdem sollte die reifere Spielweise und größere Erfahrung der Rot-Weißen am Ende entscheidend sein.

Kraftsport

Die neugegründete Kraftsportabteilung des Sportvereins Blau-Weiß Well hat sich am letzten Sonntag im Mannschaftsringen mit einem 6:2-Sieg über die kampfstärke kombinierte Boxermannschaft Gresen-Wieslett, sehr gut eingeführt.

Boxen

Freiburg. Am Samstag, dem 3. Dezember 1949, abends 20.00 Uhr, treffen sich im Paulusaal die beiden Boxstiefen ASV-Freiburg und Konstanz zur letzten diesjährigen Boxveranstaltung im Ring.

Willimowski spielberechtigt

Offenburg. Der mehrfache deutsche und polnische Fußball-Nationalspieler Ernst Willimowski ist nach einem Beschluß des Rechtsausschusses des deutschen Fußballbundes ab sofort für die OSV spielberechtigt. Die Spielerelaubnis wird vorläufig bis zum 31. Juni 1951 beschränkt. Sie soll sofort außer Kraft treten, sofern die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des DFB ihr Vetorecht erheben.

Willimowski wird am Sonntag am dem Spiel gegen den SG Friedrichshafen zum ersten Mal den Sturm anführen. Von Offenburg aus wird an den fahrplanmäßigen Zug, Offenburg ab 7.05 Uhr, ein Sonderwagen nach Friedrichshafen angehängt. Ein Omnibus der Firma C. R. Becker wird gleichfalls nach Friedrichshafen fahren.

Einladung

Der Hohe Kommissar der Französischen Republik, Herr François Poncet, der hier einen Teil seiner Schulzeit verbracht, hat die Einladung der Stadt Offenburg angenommen und zugesagt, die Stadt am **Montag, den 5. Dezember ds. Js.** zu besuchen. Er wird bei diesem Anlaß vorm. 11 Uhr im Dreikönigssaal zu der Offenburger Bevölkerung und älteren Schülern sprechen. Ich lade hierzu die Bevölkerung Offenburgs herzlich ein und darf angesichts der Bedeutung um zahlreichen Besuch bitten. Eintritt frei, jedoch sind Platzkarten erforderlich, die bis zum Beginn der Veranstaltung im Rathaus, Zimmer 11, abgeholt werden können. Ferner bitte ich die Bevölkerung und alle behördlichen und sonstigen Dienststellen, zu Ehren des Gastes die Gebäude zu beflaggen. Offenburg, 30. Nov. 1949.

Der Oberbürgermeister der Stadt Offenburg, Heitz

Kronim's Spezialhaus für Damenmäntel
Freiburg jetzt Merzhauserstr. 28

Malerarbeiten und Tapetenkleben
Welcher Spediteur
von Eutin nach
ladung am
6-14 Uhr
bei Eber
Akkord
frei
Eber
verbring
gebote
Schlaf
Panst
bis 15
haus nah
Übernehm
Welche u
interessan
men?
Wo kann alleinst
tätiger Angestellter, 4
sympathisch, Wochenende abwes
als Mitbewohner, auch behelfs-

Ehepaar sucht vom 1. bis 17. 8. ein-sauber u. billig
Verf. g.
Ang. (f
Suche
Heide
Südern
frag. i
schnell
sing)
Haus-
LKW,
neuen
mehrzüg.
Kauf usw.
sige Aus-
in jeden Post-
b. gel. Muster-
in Waren aller
J. J. led., sucht zusätzl.
Unter. m. hausfr. Beirung
100-120 DM. Eilangeb.

MONDAMIN
Erzeugnisse
in altbewährter Qualität
jetzt wieder in jedem Fachgeschäft.
Fordern Sie kostenlose Rezepte vom
MONDAMIN-BERATUNGSDIENST
Hamburg 1-Postfach 1000
O. u. J. Koch

Orthopädische Beratungsstelle des Staatlichen Gesundheitsamtes
Am Mittwoch, den 7. Dezember 1949, findet nachmittags von 14 bis 16 Uhr, im Singen im Städt. Krankenhaus eine unentgeltliche orthopädische Beratungsstunde durch einen vom Gesundheitsamt beauftragten Facharzt statt. Neben Krüppelhaften oder in der Gefahr der Verkrüppelung befindlichen Minderjährigen, können alle die Minderjährigen vorgestellt werden, die einer orthopädischen Beratung bedürfen.
Stadt, Wohlfahrts- und Jugendamt Singen.

Bekanntmachung der Stadt Villingen
Botr.: Schweinemarkt in Villingen.
Der Schweinemarkt findet in Hinkunft wieder jeweils am 1. und 3. Dienstag jeden Monats, erstmals am 6. Dezember 1949, um 8 Uhr beim Städt. Schlachthof statt.
Villingen, den 29. November 1949. Der Bürgermeister.

Bekanntmachung der Stadt Stockach
Am Donnerstag, den 15. Dezember 1949, findet Krämer-, Pferde-, Nutzvieh- und Ferkelmarkt statt. Hierzu laden wir Verkäufer und Käufer ein. Für Nutzvieh und Ferkel sind Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse erforderlich.
Stockach, den 28. November 1949. Bürgermeisteramt.

Freiburger Veranstaltungen

HARMONIE LICHTSPIELE

Freitag bis mit Donnerstag
In Erstaufführung!
Stewart Granger —
Edwige Feuillère
Zwei Schauspieler von Welt
in der übermütigen Liebes-
komödie

Der Frauenfeind

Ein köstliches Lustspiel von
dem Mann, der ausging, die
Frauen zu hassen und sich in
den Netzen einer klugen und
schönen Frau fing. — Die
zweite männliche Hauptrolle
spielt der bekannte engl. Cha-
rakterdarsteller Ronald Squire,
der vielen Freiburgern durch
seine jährlichen Ferizaufent-
halte in Freiburg bekannt ist
und hier auf der früheren
Harmonie-Bühne seine schau-
spielerische Laufbahn begann.
In deutscher Sprache.
Jugendfrei.

Tägl. 14.15, 18.30, 18.45, 21 Uhr.
Vorverkauf tägl. v. 10-12 Uhr
(Freikarten Samstag u. Sonn-
tag ungültig).

UNION-THEATER

Ab Freitag, den 2. 12. 49
Der große Wiener Lustspiel-
Erfolg aus der Schule Willi
Forsts

Der Hofrat Geiger

— Marlandi —
Ein Film mit herzerfrischen-
dem Humor und amüsanten
Situationen um das weltbe-
kannte „Marlandi-Lied“.
Jugendfrei!
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45,
21 Uhr
Vorverkauf täglich ab 13 Uhr
(Freikarten Samstag u. Sonn-
tag ungültig).

Besucht
die Freiburger
Veranstaltungen

Wollen Sie rasch und bestimmt verkaufen, dann wählen Sie die KLEIN-ANZEIGE, es gibt keinen besseren Verkäufer

Haben Sie Stoff?
Aus Ihren Stoffen und uns. Zutaten fertigen wir Ihnen den eleganten Anzug oder Mantel in feiner Maßkonfektion m. Indolosemsitz und zu den billigsten Preisen
A. Minne
Herren- u. Damenkonfektion
Freiburg i. Br., Poststraße 2
2 Minuten vom Bahnhof

Aus dem Rheita-Werk

Lakriment's
HUSTEN-SIRUP
mit Doppelwirkung
bei Keuchhusten

Besonders preiswert

Bratheringe	1 Ltr.-Dose	1/2 Ltr.-Dose
Bismarck, u. Rollmops	1.52	-90
Deutsche Sardinen „Nordellen“		-85
Schnittfeste Salami	100 g	-68
Guts'oberwurst	100 g	-72
Landjäger	Paar	-50
Bayr. siche Leberwurst	850 g D.	1.95

Zum Wochenende - Für Weihnachten
Bayr. Mastgänse 1/2 kg z. Z. **2.35**
Vorbestellung in jeder Filiale

49er Reifweine	Ltrl.	% Fl.
48er Wolfweine	ab 2.10	1.65
Wermut Hausmarke „Flora“	2.40	1.85
Back- und Kochäpfel	1/2 kg	-16
Orangen - Pastoren-Birnen	1/2 kg	-23

Gottlieb - Das Geschäft
der sparramen Hausfrau

DM 50963. — TOTO-GEWINNE

1 erster Rang m. 13 Punkt. = DM 44 053.—
3 zweiter Rang m. 11 Punkt. = je DM 343.50
3 dritter Rang m. 10 Punkt. = je DM 183.50
Helen beim 16. Toto Württemberg-Baden in
meine staatl. Wettannahmestelle.
Dieser Erfolg weist Ihnen erneut den Weg
für Toto und Lotterie!!

Halderied
Staatl. Lotterie-Aufnahme und staatl. Wett-
annahmestelle (Sport-Toto)
Freiburg, Oberlinden (im Schirmhaus Wagner)
Postcheckkonto: Freiburg 7009 und 8008.
Annahme von Briefwetten, Inland und
Schnellversand.

Was das Licht
der Kreatur
bedeutet die Anzeige
dem Geschäftsmann!

Kandelhof-Lichtspiele

Ab Freitag, 2. 12. 49, bis einschl. Donner-
tag, 8. 12. 49

Der große Abenteuer- u. Kriminalfilm nach
dem bekannten Buch von Theo Rausch

Gesucht wird Majora

Lotte Koch — Hermann Speilmann —
Camilla Horn — Paul Henkels — Harald
Paulsen

Der heroische Kampf einer deutschen Chemi-
kerin gegen das internationale Spionage-
System einer internationalen Verbrecher-
organisation.

Neueste Wochenschau Jugendfrei
Anfangszeit: tägl. 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr

Friedrichsbau-Lichtspiele

Ab Freitag, 2. 12. 1949

Ein Frauenschicksal unserer Zeit, von der
reife Darstellungskunst einer Carola Höhn
ausgedeutet

Du bist nicht allein

Carola Höhn — Otto Wernicke — Peter
Fasetti — Theo Danegger — Liesl Karstadt
Neueste Wochenschau Jugendfrei!

Anfangszeit: Montag 14, 16.15, 18.15, 21 Uhr
Dienstag, Mittwoch, Freitag 14, 16.15, 18.15
Donnerstag 17 und 18.15 Uhr
Samstag 14 und 18.30 Uhr,
Sonntag 10 und 18.30 Uhr.

MEHR SCHENKEN - WENIGER AUSGEBEN

Das gibt's bei Gasser & Hammer

Kopftücher ... 2.95 Chiffontücher ... 5.90
Strümpfe, nur 1. Qualität, 2.95, 3.50, 3.90, 4.25, 4.75
Nylon-Netz-Strümpfe
weiße Blusen ... 7.90, 8.90, 9.90
Eisfell-Kindermäntel ... 9.75
Morgenröcke
Wintermäntel - Wollkleider

Während der Stromsperrn werden unsere Geschäftsräume und Schaufenster durch eigene Lichtmaschinen beleuchtet!

Täglich durchgehend von 8-19 Uhr geöffnet!

Gasser & Hammer
Freiburg - im Friedrichsbau

Praxisverlegung! Dr. med. Ernst Denz, prakt. Arzt,
Dreikönigstr. 14
17
Sprechst. Montag bis Freitag 9 bis 13; außerdem Freitag 17 bis 19 Uhr
TELEFON 5887

Kosten SPAREN

Zündapp fahren!
DB 200 DM. 1195.—
ab Lager sofort lieferbar
Auf Wunsch Teilzahlung
Motorrad-Schneider
FREIBURG/Brsg., Kronenstr. 9

Erotin! Das hochwirks. An-
regungsmittel für b. Geschlechter.
30 Dragees normal DM 2.20 ver-
stärkt DM 6.80. Glasiegel Gold
Died. DM 3.—
Neckarversand, 14a) Nordhelm
Württemberg 280

Ein nützliches
Weihnachtsgeschenk,
das Freude bringt —

DR. OETKER
Schul-Kochbuch

Ausgabe D, 224 Seiten, 1100
Rezepte, viele farbige Bild-
tafeln und Fotos, und vor
allem praktische Ratschläge,
die besonders für junge
Hausfrauen so wertvoll sind.
Verlangen Sie bitte das
Dr. Oetker Schul-Kochbuch
bei Ihrem Lebensmittelkauf-
mann oder in einer Buch-
handlung. Falls dort nicht
erhältlich, so bestellen Sie
es bitte unter Einsendung
von DM 1.60 (evtl. auch unter
Nachnahme) direkt bei
DR. AUGUST OETKER
Nährmittelfabrik G.m.b.H., Bielefeld

Spielplan für die Zeit vom 5. Dez. bis 11. Dez. 1949

Paulussaal

Dienstag, 6. Dezember, 20.00-22.00 Uhr: IV. Sinfoniekonzert
(Konzertmiete, Wahlgutscheine ungültig)
Mittwoch, 7. Dezember, 20.00-22.00 Uhr: IV. Sinfoniekonzert
(Außer Miete, Wahlgutscheine ungültig)

Im Casino

Donnerstag, 8. Dez., 20.00-22.00 Uhr: Einmaliges Gastspiel
Albert und Elise Bassermann: „Gespenster“
(Außer Miete, Wahlgutscheine ungültig)
Freitag, 9. Dez., 20.00-22.00 Uhr: Großer Ballettabend
(7. Vorstellung der Freitag-Miete A und Freiverkauf,
Wahlgutscheine gültig)
Samstag, 10. Dez., 19.30-21.15 Uhr: Der Rosenkavalier
(7. Vorstellung der Samstag-Miete A und Freiverkauf,
Wahlgutscheine gültig)
Sonntag, 11. Dez., 15.00-17.45 Uhr: Gräfin Mariza
(Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
Sonntag, 11. Dez., 20.00-22.00 Uhr: Großer Ballettabend
(7. Vorstellung der Sonntag-Miete A und Freiverkauf,
Wahlgutscheine gültig)

Kammerspiele

Montag, 5. Dez., 20.30 Uhr: Diskussion über „Medea“
(Außer Miete, Eintritt frei; siehe Sonderplakat)
Mittwoch, 7. Dez., 20.00-22.00 Uhr: „Medea“
von Franz Grillparzer. (Geschl. Vorst., kein Freiverk.)
Donnerstag, 8. Dez., 20.00-22.00 Uhr:
Die schönsten Tänze aus Oper, Operette und Revue
(Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
Freitag, 9. Dez., 20.00-22.00 Uhr: „Medea“ v. Fr. Grillparzer
(Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
Samstag, 10. Dez., 20.00-22.15 Uhr: Erm. Preise: Theophanes
(Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
Sonntag, 11. Dez., 15.00-17.00 Uhr:
In neuer Inszenierung: Dornröschen
(Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
Sonntag, 11. Dez., 19.00-20.00 Uhr: Dornröschen
(Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)

Wir sind umgezogen

und eröffnen am
Samstag, den 3. 12., vorm. 9 Uhr in der Universitätsstr. 12
das bekannte
Spezialgeschäft
für
Teppiche, Gardinen u. Linoleum
Adolf Gihring Freiburg i. Br.
früher Reichsgrabenstr. 10
Adventssonntage von 2-6 Uhr geöffnet

Bei Verstopfung
nimmt DARMOL
dann so wirkt verlässlich und ohne
Beschwerden. Auch bei längerem Gebrauch keine
Gewöhnung. Aber Darmol muß es sein! Nicht etwa,
das ebenso gut sein soll. Es lohnt sich auf Darmol
zu bestehen! Darmol ist wieder
unbeschränkt erhältlich.

In Apotheken
und Drogerien
DM 1.—

Verschiedenes

Emun das hygien. Frauen-
schutzmittel verbürgt
größte Sicherheit. In
Apoth. u. Droger. erhältl. Prosp. gratis d.
Chem. Lab. Schneider, Wiesbaden 432

Stotterer

können s. b. stotterfrei reden.
Angst u. Hemm. b. z. beseit. a.
Grund 87jähr. Erfahrung. Dauer-
erfolg. Viele Dankschr. Ausk. u.
Prosp. frei. H. Stelmeyer, (28a)
Großenheidorn 129 üb. Wunstorf.
Rückporto 40 Dpt.

Heiraten

Weihnachtswunsch:
Invalide m. Rente, gr. schlanke
Ersch., 49 Jahre alt, sucht Le-
bensgefährtin. Am liebsten Ein-
heirat in kleine Landwirtschaft.
Witwe o. Kind. bevorzugt! Nicht
unt. 35 J. Bildzuschriften unter
Nr. 1/25 an Unser Tag Offenb.

Lesen Sie die
Volkszeitung
UNSER TAG

So bequem, weil
fix und fertig!

Unsere 3-stufige, völlig neuartige
Aufschliebung der Rohstoffe und
121 Jahre Kaffeemittelerfahrung
garantieren die Linde's - Qualität.
Darum schmeckt Linde's morgens,
mittags und abends auch so gut.

Linde's
ja - der
schmeckt!



WO DER WEIHNACHTSMANN GUT KAUFEN KANN

Wir wollen uns Ihre Freundschaft erhalten

... deshalb bemühen wir uns möglich und stündlich, wirklich zuverlässige Kleidung für wenig Geld zu bieten. Daß uns das immer wieder gelingt, sehen Sie schon, wenn Sie im Vorbeigehen unsere Schau- fenster betrachten, obwohl sie nur einen kleinen Aus- schnitt aus unserer großen Auswahl zeigen.

Schreyer
Baden-Baden

Ein schönes Geschenk ist eine Gritzner-Nähmaschine ein Fahrrad von DM 125 an Kinder-Fahrräder und Dreiräder in großer Auswahl

OSWALD ERTEL
Baden-Lichtental
Am Brahmplatz

Spielwaren
in großer Auswahl
BADEN-BADEN
Langestraße 47 (Badischer Hof)

Das passende Geschenk in
Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche sowie in allen Stoffen

finden Sie preiswert und in guter Qualität bei
O. Ernst, Textilien, Baden-Baden, Lichtentalstr. 55

Suche Dein Glück
beim Schaufenster-Preisraten des
Rastatter Einzelhandels

50 Rastatter Einzelhandelsgeschäfte laden Sie zur Teilnahme am großen
Preisraten
vom 4. bis 11. Dezember 1949 ein.

Preise im Werte von DM 2.500.— winken Ihnen. Teilnehmerlisten bei den durch Aushang kenntlich gemachten Firmen.

Ein Geschenk, das jeden erfreut:
SCHUHE **Schuh Götz**
von
Rastatt, Kaiserstraße 1

STOFFE Oberbekleidung für Leibwäsche · Bettwäsche
Gardinen · Vorhänge · Aussteuer-Artikel erhöhen die Festtagsfreude

Sie finden sie in reicher Auswahl und in günstigen Preislagen bei

Eble u. Schoeninger · Rastatt
Inhaber: Carl Frick Kaiserstr. 24

Ihre Weihnachtswünsche in Wäsche- Strickwaren Strumpfwaren erfüllt

PAUL Rodiger
Rastatt

Festlich geschmückt
sind alle Abteilungen... vorweihnachtlich ist die Stimmung im ganzen Haus.

Ausgebretet liegen die schönsten Geschenke und warten darauf, Freude zu bereiten.

Genießen Sie die Vorfreude des heimlichen Vorbereitens und Planens... die größte Vorfreude aber wird es für Sie sein, wenn Sie feststellen können, daß die wohlfeilen KD-Preise mehr zu schenken erlauben, als Sie ursprünglich veranschlagten. Darum:

Jeder kauft gern im Kaufhaus am Markt

Gegr. 1842 · Telefon 406

Große Auswahl in
Schlafzimmer
Wohn- und Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen - Einzeilmöbel

Polstermöbel u. Schlaffa-
Matratzen aus eigener
Werkstätte

Offenbacher Lederwaren
Gardinen - Teppiche - Läufer

... und in **Offenburg**

Taschen- u. Armban-
dauern, Stieluhren und
Reiswecker
sind Geschenke von
praktischem und blei-
bendem Wert.

Sie finden sie in reicher Auswahl bei
Karl Schaudel Inhaber:
Franz Sticker
Goldschmiedemeister und Juwelier
Offenburg Steinstraße 8

Auf den Gaben reich
wieder **Mercedes-Schuhe**
in alter Qualität

SCHUHHAUS Ernst OFFENBURG
am Lindenplatz 4

Jetzt eine Anzahlung!
Weihnachten
MONT BLANC
schenken

Carl Kist OFFENBURG
Hauptstraße 45

Natürlich bei
fässler **Offenburg**
vorläufig noch **Gerberstraße 19**

Groß ist die Auswahl, klein der Preis in
Strickkleidung, Unterwäsche, Krawatten
und vielen anderen schönen Geschenken

Da macht das Einkaufen Freude

Das große Ereignis!
Villinger Weihnachtsausstellung
MEIN HEIM - MEINE WELT!
Schulturnhalle und Jahnturnhalle - Veranstaltungen im alten Gymnasium
Eintritt: Erwachsene DM -60, Jugendliche DM -30, einschließlich der Nebenveranstaltungen.

Täglich Modenschau im Saal des alten Gymnasiums um 18 Uhr. Kein Sondereintritt!
Mittwoch, 7. Dezember, 13.30 Uhr:
Großer Kinderfestzug mit Musikkapelle. Aufstellung 13.00 Uhr am Bahnhof. Verteilung von 2000 Freikarten für den Vergnügungspark. Weitere lustige Überraschungen für unsere Kleinen.

Großes Brillant-Feuerwerk am Freitag, 9. Dezember. 100 Ausstellungsstände - Ausstellungs-Tombola - Besuchsprämien - Vergnügungspark - Elektr. Kleinbahn - Raketenbahn - Kinderkarussell usw.
Ausstellungsbüro: Städt. Verkehrsamt Villingen, Fernruf 2751

Lichtspielhaus Bühl
Ab Freitag, den 2. 12., bis einschließl. Montag, den 5. 12. 49. Famose Einfälle, groteske Zufälle, zündende Effekte mit Theo Lingen, Sonja Ziemann in
„Nichts als Zufälle“
Jugendfrei!

Ab Dienstag, den 6. 12., bis einschließl. Donnerstag, 8. 12. 49: der Herbert-Grote-Film
„Das Lied der Liebe“
Gesang, Musik und Romantik. Jugendfrei ab 14 Jahren!
Spielzeiten: Freitag 19.30 Uhr, Samstag 16.15 und 18.30 Uhr, Sonntag 15. 17.30 u. 20 Uhr, Montag bis Donnerstag jeweils um 20 Uhr.
Ab sofort sind unsere Räumlichkeiten gut geheizt!

Jannitten Dr. Pade
DIETRICH Scheinbold

Wie sind gerüstet!
Für das bevorstehende Weihnachtsfest finden Sie ein gut sortiertes Lager vor in den Abteilungen Haus- u. Küchengeräte, Glas und Porzellan im besonderen Kaffee- und Tafelservice, Sammel-tassen, Torten- und Stollenplatten, Weingläser, geschliffen und in Kristall, Keramik-Schaalen und -Vasen, Kristall, im besonderen Toilette-garnituren, Spielwaren

Betrachten Sie unsere festlich dekorierten Fenster

Kaufhaus Joh. B. Weiher
Inhaber Wilhelm Weiher OFFENBURG Hauptstr. 78 · Tel. 1343

Große Auswahl - niedere Preise
Damen-, Herren- und Kinderkleidung
Kleiderstoffe - Aussteuerwaren - Gardinen
Damen-, Herren- und Kinderwäsche

Wir laden Sie ein zum Weihnachtseinkauf

F. Ackermann, Textilhaus, Villingen, Marktplatz

„Resi“ - Rastatt
Eine Liebeslegende im Glanz und Luxus des alten Rom

„Fabiola“
Ein erschütterndes Drama aus den Tagen der letzten Christenverfolgungen.

Achtung! Wegen dreistündiger Spieldauer andere Anfangszeiten: Freitag u. Samstag 17.30, Samstag 14 Uhr Sondervorstellung für Auswärtige und die abends verhindert sind.
Sonntag 14.30 und 17.30 Uhr, Montag 20.30 Uhr.

Dem Schenkenden und dem Beschenkten zur Freude

Beachten Sie bitte unsere Weihnachtsfenster!

Dietrich Reinbold Rastatt

Waschkessel Waschwannen
Karl RIEDMÜLLER
KONSTANZ, Eckenstr. 6